



Projektbericht

Entwicklung der Föderalismus-Diskussion in den Schweizer Medien für die Jahre 2014-2016

Zürich, 24. Januar 2017

Prof. Dr. Otfried Jarren

Dr. Anna Leupold

Dr. Colin Porlezza

lic. phil. Samuel Studer

Inhaltsverzeichnis

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis		4
1	Executive Summary	5
2	Ziele des Projekts	8
3	Methodisches Vorgehen	8
3.1	Repräsentative Analyse des Medienbildes zum Föderalismus	8
3.2	Fokus-Analyse zentraler Aspekte der Föderalismus-Diskussion 2014-2016	10
3.3	Diskussion der Methodik und Grenzen der Studie	10
4	Ergebnisse: Repräsentative Stichprobe	11
4.1	Umfang der analysierten Artikel	11
4.2	Themen in der Föderalismusdebatte	11
4.3	Akteure in der Föderalismusdebatte nach Handlungsfeld und Typ	14
4.4	Föderalistische Kontroversen	16
4.5	Bewertungen des Föderalismus	18
4.5.1	Positive Bewertungen des Föderalismus	21
4.5.2	Negative Bewertungen des Föderalismus	25
5	Ergebnisse: Fokus-Analyse	30
6	Fazit und Handlungsempfehlungen	32
7	Anhang	34

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Verteilung der Artikel über die Printmedien und die Kalenderjahre 2011-2016	9
Abbildung 1: Themenbereiche des Föderalismus	12
Abbildung 2: Akteure nach Handlungsfeldern	15
Abbildung 3: Akteure nach Typen	16
Abbildung 4: Anteil Kontroversen in der Berichterstattung im Zeitverlauf 2011-2016	17
Abbildung 5: Bewertung des Föderalismus in der Berichterstattung	19
Abbildung 6: Bewertung des Föderalismus im Zeitverlauf (2011-2016)	20

1 Executive Summary

Das zentrale Erkenntnisinteresse der vorliegenden im Auftrag der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) durchgeführten Studie galt dem Bild des Föderalismus in Schweizer Medien. Analysiert wurde hierfür die Berichterstattung in schweizerischen Tages- und Wochenzeitungen. Berücksichtigt wurden sowohl Titel mit sprachregionaler als auch vorwiegend kantonaler regionaler Verbreitung in allen drei grossen Sprachregionen der Schweiz im Zeitraum von 2014-2016 für a) ein repräsentatives Sample und b) eine Fokus-Analyse. Das Vorgehen entsprach weitestgehend dem des 2014 vorgelegten Bericht über die Jahre 2011-2013. Die Daten sind damit vergleichbar und werden einander immer wieder gegenübergestellt.

A) Ergebnisse der Inhaltsanalyse für das repräsentative Sample (n=354)

Anhand der Inhaltsanalyse für das repräsentative Sample sollten drei Forschungsfragen beantwortet werden. Die Ergebnisse lassen sich folgendermassen zusammenfassen:

- 1) Welche zentralen **Themen und Akteure** werden mit der Föderalismusdebatte in der Berichterstattung verknüpft?

Föderalismus stellt in den meisten analysierten Zeitungsartikeln nicht das Hauptthema dar, sondern findet nur in einem einzelnen Zitat oder einer Randbemerkung Erwähnung. Aus diesem Grund wurde Föderalismus auch mehrheitlich (28.0 %; 2014: 28.5%) nur allgemein ohne expliziten Themenbezug angesprochen. Ist ein konkreter Themenbezug erkennbar, so ist dies: Staatssystem / Staatsrechtliche Fragen: (13.0%; 2014: 14.2%), Steuern / Steuerwettbewerb (11.0%; 2014: 2.4%); Bildungspolitik (7.9%; 2014: 6.4%), Gesundheitspolitik (5.1%; 2014: 8.8%), Finanzausgleich (4.2%; 2014: 2.0%). Wie 2014 sind die Kategorien Föderalismus (allgemein) und Staatssystem / Staatsrechtliche Fragen die am stärksten besetzten Themen geblieben. Verschiebungen haben sich hingegen im Bereich der mit Föderalismus verknüpften Politikfelder ergeben. Dabei hat sich insbesondere der Anteil der Berichte zum interkantonalen Steuerwettbewerb sowie zur Bildungspolitik erhöht.

Neben den thematischen Verknüpfungen wurde auch erhoben, welche Akteure im Rahmen der Föderalismusdebatte zu Wort kommen. Dabei kann unterschieden werden zwischen dem Handlungsfeld des Akteurs, in dem er sich hauptsächlich bewegt (Politik, Wirtschaft, Soziales, Sport, Showbiz / Medien, Kultur, Wissenschaft / Bildung) und zwischen dem Typ des Akteurs, also ob es sich z.B. um Regierungs- oder Verwaltungsakteure, Parteien, Verbände oder Unternehmen handelt.

Von insgesamt 230 Akteuren (2014: 285), die im Zusammenhang mit einer Verknüpfung zwischen Föderalismus und einem Thema erwähnt werden, können rund drei Viertel (2014: zwei Drittel) dem Handlungsfeld Politik zugeordnet werden. Sieben Prozent (2014: zehn Prozent) gehören in das Handlungsfeld Wissenschaft und Bildung. Akteure aus anderen Handlungsfeldern wie Wirtschaft oder Soziales finden nur selten Erwähnung. Die Dominanz politischer Akteure in Föderalismusdebatten hat sich demnach im Vergleich mit dem Zeitraum 2011-2013 nochmals deutlich akzentuiert.

Die Analyse der Akteure nach Typen zeigt, dass Akteure aus der Exekutive (28.3%) und aus der Legislative (27.8%) ungefähr zu gleichen Teilen zu Wort kommen. Akteure, welche primär für eine Partei sprechen, kommen mit rund zwölf Prozent am dritthäufigsten vor. Deutlich weniger als zwischen 2011 und 2013 wurden Individualakteure und Repräsentanten der Verwaltung zum Thema Föderalismus zitiert.

- 2) Welche etwaigen **Kontroversen und Trends** lassen sich im Rahmen der Föderalismusdebatte identifizieren?

Die Berichterstattung über föderalistische Themen ist mehrheitlich nicht kontrovers: In 78.5% (2014: 81.4%) der Artikel werden keine expliziten Kontroversen oder Auseinandersetzungen thematisiert. Während sich im Untersuchungszeitraum 2011 -2013 deutliche ereignisbezogene Unterschiede erkennen lies-

sen, ist dies für den Untersuchungszeitraum 2014-2016 nicht der Fall. Allerdings zeigt eine detaillierte Betrachtung, dass über bestimmte «Dauerthemen» tendenziell konfliktiver berichtet wurde als über andere. Dazu gehören u.a. die Kontroverse um den Einfluss zwischen Städten und der ländlichen Schweiz oder die Kontroverse um Steuergerechtigkeit und föderalen Prinzipien wie z.B. dem Steuerwettbewerb.

Ähnlich wie im letzten Bericht zeigen sich bei den Akteuren zwei Konfliktlinien. Die eine verläuft zwischen Vertretern des Bundes auf der einen Seite und Vertretern der Kantone auf der anderen Seite. Die andere verläuft zwischen Vertretern der bürgerlichen und politisch rechten Parteien (SVP, FDP, CVP) auf der einen Seite – diese präsentieren sich als starke Vertreter des Föderalismus – und Vertretern der linken Parteien (insb. SP), die sich beispielsweise für eine nationale Erbschaftssteuer oder für alle Deutschschweizer Kantone verbindliche Regelungen betreffend Frühfranzösisch aussprechen.

3) Wie werden der Föderalismus und damit in Verbindung stehende Themen in den Medien **dargestellt und bewertet**?

Wie die Befunde zeigen, wird Föderalismus in der analysierten Berichterstattung nach wie vor mehrheitlich positiv konnotiert. So zeichnen 51.4% (2014: 51.2%) aller Artikel ein positives Bild des Föderalismus. Anders als im letzten Untersuchungszeitraum ist der Anteil neutraler Berichte stark angestiegen (von 17.3% im Zeitraum 2011-2013 auf 37% im Zeitraum 2014-2016). Gesunken ist hingegen der Anteil von Artikeln, die Föderalismus negativ bewerten (2011-2013: 17.7%, 2014-2016: 12.1%).

Wie bereits in den Jahren 2011-2013 finden sich auch in der aktuell untersuchten Periode vergleichsweise viele **positive Verweise** auf den Föderalismus als zentrales Schweizer Staatsprinzip. Neben dieser eher allgemein formulierten positiven Bewertung werden in der Berichterstattung auch spezifische Vorteile des Föderalismus genannt. So wird der Föderalismus zum Beispiel als Lösung interpretiert,

- die im Vergleich mit zentralstaatlichen Lösungen grössere Effizienz aufweise.
- die positive Wirkung auf Wirtschaft und Demokratie entfalte.

Während oft positiv über Föderalismus berichtet wird, wenn es um generalisierte Aussagen zum schweizerischen Politsystem geht, finden sich **negative Bewertungen** vor allem dann, wenn es um konkrete Umsetzungen in bestimmten Politikfeldern geht. So wurde beispielsweise der Föderalismus im Bereich der Gesundheitspolitik als Kostentreiber ausgemacht, oder der «Kantönligeist» in einer komplexen, globalisierten Welt als Bremsklotz etwa in raumplanerischen oder umweltpolitischen Fragen.

Ähnlich wie im Bericht von 2014 fallen die Befunde bezüglich Unterschiede in der Bewertung nach Medium aus: Die Weltwoche und das St. Galler Tagblatt berichteten auch zwischen 2014 und 2016 mehrheitlich positiv über den Föderalismus. Neutral war die Berichterstattung der Basler Zeitung, des Corriere del Ticino und der Berner Zeitung, während Tagesanzeiger und Le Temps vergleichsweise viele kritische Berichte aufweisen. Gewandelt hat sich die Berichterstattung der Neuen Luzerner Zeitung. Diese hatte zwischen 2011 und 2013 noch deutlich häufiger negativ über den Föderalismus berichtet, als dies zwischen 2014 und 2016 der Fall war.

B) Fokus-Analyse

Im Vergleich zum ersten Teil dieser Studie nimmt der Föderalismus in den für die Fokus-Analyse ausgewählten Texten eine zentralere Rolle ein. Die **Ergebnisse** dieser **Fokus-Analyse** können Folgendermassen zusammengefasst werden:

1) Die **Rolle des Tessins** im (politischen) Föderalismus-Diskurs

Die Analyse von *Meinungsbeiträgen*, die Föderalismus in Zusammenhang mit dem Kanton Tessin thematisieren, ergab zwei Themenkomplexe, in denen der Föderalismus jeweils unterschiedlich bewertet wurde. Einerseits wurde in verschiedenen Artikeln das Selbstbestimmungsrecht des Tessins in Bezug auf die

Umsetzung neuer Gesetze thematisiert (z.B. Burkaverbot). In diesem Zusammenhang erfuhr der Föderalismus in den Beiträgen zumeist eine negative Bewertung, weil der Eigenständigkeit des Kantons aus Sicht der Autoren zu wenig Rechnung getragen wird. Andererseits betonten diverse Leserbriefschreiber die Bedeutung des Service Public, indem auf die Bedeutung der SRG bzw. der RSI für die italienische Schweiz hingewiesen wurde. In diesen Artikeln wurde der Föderalismus positiv konnotiert.

2) **Analyse zweier konfliktreicher Themen:** Sprachenstreit und nationaler Finanzausgleich

Im sogenannten «Sprachenstreit» wurde die Frage diskutiert, ob eine zweite Landessprache (in allen Kantonen) bereits in der Primarschule vermittelt werden müsse. Die Gegner einer einheitlichen Lösung pochten auf die Bildungshoheit der Kantone und griffen in ihrer Argumentation oft auf den Begriff Föderalismus zurück. In der Regel benutzten sie ihn dann als Synonym für eine «gepriesene schweizerische Vielfalt». Ein anderes kontrovers diskutiertes Thema war die Ausgestaltung des Finanzausgleichs. Hier wurde «Föderalismus» oft im Zusammenhang mit «Solidarität» diskutiert. Gefordert wurde in diesem Zusammenhang entweder, dass die Geberkantone sich solidarisch zeigen sollten. Oder aber, dass die Nehmerkantone die Solidarität der Geberkantone schamlos ausnutzen würden. Föderalismus, so lässt sich resümieren, stand in den diesen beiden Konflikten das eine Mal für Vielfalt, das andere Mal für Solidarität.

3) **Föderalismus als «Kampfbegriff»** im politischen Diskurs

Der Begriff «Föderalismus» wurde in verschiedenen medial ausgetragenen politischen Debatten (darunter u.a. «Sprachenstreit» und Finanzausgleich) als «Kampfbegriff» eingesetzt. Verhältnismässig selten finden sich im Untersuchungszeitraum hingegen Artikel, die sich aus übergeordneter Perspektive mit dem Begriff auseinandersetzen.

2 Ziele des Projekts

Der vorliegende Projektbericht gibt einen Überblick über die Entwicklung der Föderalismus-Diskussion in den Schweizer Medien für die Jahre 2014-2016. Die Befunde werden zudem mit den Daten des im Jahr 2014 vorgelegten Berichts zur Föderalismus-Diskussion der Jahre 2011-2013 verglichen. Die Relevanz dieser massenmedialen Diskussion ergibt sich aus der zentralen Rolle der Medien für die politische Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger, welche neben ihren persönlichen Erfahrungen auf die mediale Konstruktion der Wirklichkeit als zentralen Referenzpunkt für ihre Meinungsbildung angewiesen sind. Der Bericht schliesst mit der Ableitung möglicher Handlungsoptionen und Empfehlungen für die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK).

Im Fokus steht die Beantwortung folgender Fragen:

- Welche zentralen **Themen und Akteure** werden mit der Föderalismusdebatte in der Berichterstattung verknüpft?
- Welche etwaigen **Kontroversen und Trends** lassen sich im Rahmen der Föderalismusdebatte identifizieren?
- Wie werden der Föderalismus und damit in Verbindung stehende Themen in den Medien **dargestellt und bewertet**?
- Übergreifend wird zudem der Frage nachgegangen: Wie hat sich die Föderalismus-Diskussion über die **Jahre 2011-2016 gewandelt**?

Eine qualitative Studie bietet zudem eine vertiefte Analyse der Berichterstattung. Berücksichtigt wurden für diese Analyse einerseits Artikel, welche den Föderalismus als Hauptgegenstand behandeln. Andererseits solche, die die wichtigsten mit Föderalismus verknüpften Themen diskutieren.

3 Methodisches Vorgehen

Zur Beantwortung der forschungsleitenden Fragestellungen wurde eine quantitativ-qualitative Inhaltsanalyse deutsch-, französisch- und italienischsprachiger Schweizer Printmedien im Zeitraum von Januar 2014 bis Oktober 2016 durchgeführt.¹ Untersucht wurde dabei zum einen eine repräsentativ gezogene Stichprobe (Kap. 3.1) sowie zum anderen eine nach noch näher zu erläuternden Kriterien gezogene bewusste Auswahl von Artikeln, welche qualitativ analysiert wurden (Kap. 3.2). Während die repräsentative Analyse Aussagen über das allgemeine Medienbild zum Föderalismus erlaubt (in diese Analyse wurden auch Artikel mit einbezogen, die das Thema nur randständig behandeln), ermöglicht die vertiefende, qualitative Untersuchung Aussagen über Artikel, welche sich zentralen Themen, mit denen der Schweizer Föderalismus in Kombination diskutiert wurde, widmen.

3.1 Repräsentative Analyse des Medienbildes zum Föderalismus

Um die Artikel für die repräsentative Stichprobe bestimmen zu können, galt es zwei Entscheidungen zu fällen: Zunächst mussten die relevanten Medien ausgewählt und anschliessend musste ein Verfahren zur Artikelauswahl angewandt werden. Die Auswahl der zu analysierenden Medien erfolgte nach folgenden Kriterien:

- 1) Die verschiedenen Sprachregionen der Schweiz sollten in der Medienauswahl angemessen repräsentiert werden.

¹ Die Codierung der Artikel erfolgte durch insgesamt vier Codierer mit den entsprechenden Sprachkenntnissen im Dezember 2016.

- 2) Es sollten für die Meinungsbildung besonders relevante Medien in der Stichprobe vertreten sein. Daher wurden vor allem auflagenstarke Medien ausgewählt.
- 3) Die Medien sollten leicht über Datenbanken mit einer Suchfunktion zugänglich sein.

Die Artikel wurden über Datenbankrecherchen ermittelt. Als Suchbegriff wurde das Wort „Föderalismus“ respektive „fédéralisme“ oder „federalismo“ verwandt. Aufgrund der Vielzahl der so gefundenen Artikel wurde aus forschungsökonomischen Gründen keine Vollerhebung, sondern ein Stichprobenverfahren durchgeführt: Alle Artikel, welchen keinen Bezug zum Schweizer Föderalismus aufwiesen, wurden bei der Auswahl der Artikel nachträglich aussortiert und nicht in die Stichprobe aufgenommen. Ebenfalls wurden alle Artikel, welche weniger als 150 Wörter lang waren, von der Analyse ausgeschlossen. Einige der analysierten Zeitungen teilen sich den Mantelteil. Da ein Grossteil der Artikel zum Schweizer Föderalismus im Ressort «Schweiz» verortet werden kann, befinden sich unter den gefundenen Artikeln Dubletten, welche nicht durch die Datenbankabfrage bereinigt werden konnten, da sie in unterschiedlichen Medien erschienen sind. Um die Debatte um den Schweizer Föderalismus möglichst breit wiederzugeben, haben wir allfällige Dubletten aus der gezogenen Stichprobe entfernt und stattdessen einen anderen Föderalismus-Artikel aus der entsprechenden Zeitung in die Stichprobe aufgenommen. Für alle Medien, in welchen in den drei Jahren zusammengenommen mehr als 30 Artikel erschienen waren, wurde eine nach Jahren geschichtete Zufallsstichprobe gezogen, wobei pro Medium für jedes Kalenderjahr mittels Ziehen von Zufallszahlen zehn Artikel für die Analyse ausgewählt wurden. Insgesamt wurden so 354 Artikel ausgewählt (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Verteilung der Artikel über die Printmedien und die Kalenderjahre 2011-2016

<i>Printmedien</i>	<i>2011*</i>	<i>2012*</i>	<i>2013*</i>	<i>2014</i>	<i>2015</i>	<i>2016</i>	<i>Gesamt</i>
Basler Zeitung	9	11	6	10	9	11	56
Berner Zeitung	7	10	6	15	13	-2	51
Blick	3	1	1	8	4	4	21
Corriere del Ticino	4	5	1	8	8	9	35
La Tribune de Genève	5	12	13	9	9	9	57
Le Matin	6	10	10	9	9	11	55
Le Temps	12	10	7	5	10	8	52
L'Hebdo	-	-	-	6	8	5	19
Neue Luzerner Zeitung	8	7	10	9	9	9	52
Neue Zürcher Zeitung	13	8	6	9	5	6	47
Sonntagszeitung	6	8	7	4	6	0	31
St. Galler Tagblatt	7	11	12	7	10	9	57
Südostschweiz	-	-	-	7	9	7	23
Tagesanzeiger	9	12	8	6	10	9	54
Weltwoche	0	8	6	7	10	8	39
<i>Gesamt</i>	89	113	93	119	129	106	649
<i>Gesamt (in %)</i>	13.7	17.4	14.3	18.3	19.9	16.3	100

*Zahlen aus dem Monitoring-Bericht 2011-2013.

² Die Datenbank Factiva, über welche die Artikel der Berner Zeitung bezogen wurden, hatte zum Zeitpunkt der Datenerhebung Beschaffungsprobleme für alle Artikel, welche im Jahr 2016 in der Berner Zeitung erschienen sind.

Im Vergleich mit dem vorangegangenen Bericht über die Jahre 2011-2013 hat sich die Anzahl der analysierten Artikel von 295 auf 354 erhöht. Dies ist insbesondere durch die Ergänzung des Mediensamples um die «Südostschweiz» und «L'Hebdo» zu erklären. Ansonsten entspricht das oben beschriebene Vorgehen dem des vorangegangenen Berichts über die Jahre 2011-2013. Die Daten sind damit vergleichbar und werden einander im Folgenden immer wieder gegenübergestellt.

3.2 Fokus-Analyse zentraler Aspekte der Föderalismus-Diskussion 2014-2016

In einer auf die repräsentative Analyse aufbauenden Fokus-Analyse erfolgte die Auswahl der Artikel gezielt durch das Forscherteam. Die Beiträge wurden ausgewählt, indem dominierende Themenkomplexe und Akteure mit einem Föderalismusbezug isoliert wurden, beispielsweise mit Blick auf besonders konfliktreiche Debatten. Dabei konzentrierte sich die Analyse vor allem auf zwei Themen: a) die Bildungspolitik, konkret den sogenannten «Schulstreit» im Zusammenhang mit der Frage nach dem Zeitpunkt der Einführung des Frühfranzösischen (n=28), b) die Neugestaltung des nationalen Finanzausgleichs (NFA) (n=15).

Aus der repräsentativen Analyse ging überdies hervor, dass zahlreiche Themenkomplexe entweder direkt oder indirekt mit dem Tessin in Zusammenhang gebracht werden können. Das Themenspektrum reicht dabei von einer zweiten Gotthardröhre, über Gesetzestexte wie das Burkaverbot, den Inländervorrang, ein neues Gewerbegesetz, Ladenöffnungszeiten, dem Tessiner Staatsrat und Bundesratskandidaten Norman Gobbi, der Zukunft der italienischen Sprache bis hin zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien bzw. zur EU. Um diesem Aspekt Rechnung zu tragen, wurden in der qualitativen Studie zusätzlich zur bereits verwendeten Stichprobe Meinungsbeiträge (n=38) des *Corriere del Ticino* in die Analyse mit einbezogen, um auch ein Stimmungsbild aus der Perspektive der Rezipienten widerzugeben. Zehn davon waren Leserbriefe, bei den restlichen 28 Artikeln handelt es sich um Meinungsbeiträge von bekannten Tessiner Persönlichkeiten aus Politik und Kultur, die an prominenter Stelle publiziert wurden.

Zusätzlich zu den oben genannten Aspekten untersuchte die qualitative Analyse ebenfalls, inwiefern der Begriff Föderalismus in der politischen Argumentation und Auseinandersetzung verwendet wurde, so zum Beispiel, ob sich Beiträge auf einer Metaebene mit dem Begriff Föderalismus auseinandersetzten oder diesen als politischen «Kampfbegriff» verwendeten. Gesucht wurde im ersten Fall nach Artikeln, die sich vorwiegend unabhängig von Debatten um bestimmte politische Themenfelder mit dem schweizerischen Föderalismus auseinandersetzten. Im zweiten Fall wurde analysiert, wie der Begriff Föderalismus eingesetzt wurde; das heisst, zu welchen «Konzepten» der Begriff als Synonym verwendet wurde (z.B. «Vielfalt»).

3.3 Diskussion der Methodik und Grenzen der Studie

Aufgrund von Zeit- und Ressourcengrenzen sind bei der Interpretation der Ergebnisse folgende Einschränkungen zu beachten:

- 1) Die vorliegende Analyse bezieht sich ausschliesslich auf tages- und wochenaktuelle Printmedien. Aussagen über die Föderalismusberichterstattung in (politischen) Zeitschriften, Fernsehen, Radio und Online-Medien können auf dieser Basis nicht getroffen werden.
- 2) Die Artikelsuche erfolgte über eine suchwortgestützte (Suchwort: Föderalismus) Datenbankrecherche. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die ausgewählten Printmedien für die Föderalismus-Debatte relevante Artikel beinhalten, die möglicherweise nicht den Begriff „Föderalismus“ enthalten und daher unberücksichtigt blieben.
- 3) Für einzelne Medien wurden nur sehr wenige Artikel zum Thema gefunden. Verallgemeinerungen sind auf dieser Basis nicht möglich. Auch können auf Basis der Analyse keine Aussagen zur Wirkung der Berichterstattung auf das Föderalismusbild der Schweizer Bevölkerung gemacht werden.

4 Ergebnisse: Repräsentative Stichprobe

Die Ergebnispräsentation beginnt mit einem kurzen Überblick über den Umfang der Artikel und der diesbezüglichen Unterschiede zwischen den analysierten Medien. Danach werden die zentralen Befunde zu den Themen, Akteuren, Kontroversen und Bewertungen in der Föderalismusdebatte diskutiert und in Relation mit den Ergebnissen der Vergleichsperiode 2011-2013 gesetzt.

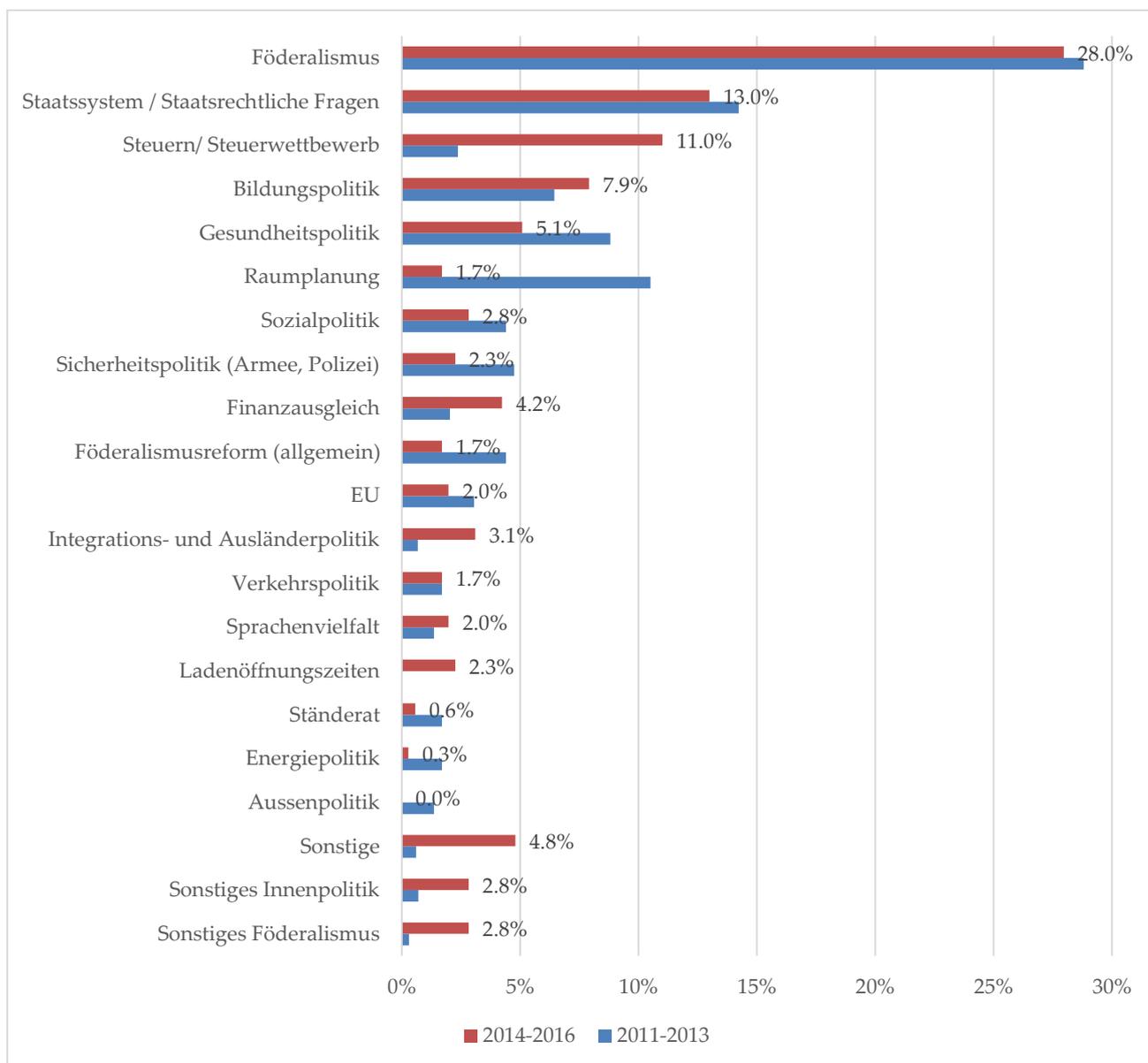
4.1 Umfang der analysierten Artikel

Der durchschnittliche Umfang der untersuchten Artikel beträgt 867 Wörter, wobei der kürzeste Artikel 175 Wörter und der Längste 7819 Wörter zählt. 50 Prozent aller ausgewerteten Artikel sind kürzer als 663 Wörter. Über die einzelnen Medien betrachtet, sind die Artikel der wöchentlich erscheinenden Zeitungen «Weltwoche» und «L'Hebdo» die im Durchschnitt umfangreichsten. Die im Schnitt kürzesten Artikel sind diejenigen im Blick, mit einigem Abstand gefolgt vom St. Galler Tagblatt und der Berner Zeitung. Die französischsprachigen Tageszeitungen sowie der Corriere del Ticino rangieren hinsichtlich des Umfangs im Mittelfeld. Diese Befunde decken sich mit den Ergebnissen des Berichts über die Jahre 2011-2013. Die Struktur der Berichterstattung über die Medien hinweg hat sich damit zwischen den beiden Untersuchungszeiträumen nicht geändert.

4.2 Themen in der Föderalismusdebatte

Für jeden Artikel wurde identifiziert, mit welchem Thema der Föderalismus verknüpft wird. Obschon Föderalismus in nur 34 der 354 analysierten Zeitungsartikel das Hauptthema darstellt, wird Föderalismus jeweils mit einem Thema (z.B. der Innen- oder Aussenpolitik) in Zusammenhang gebracht. Häufig geschieht eine solche Verknüpfung nur in einem einzelnen Zitat oder in einer Randbemerkung eines Artikels. Ein erster quantitativer Überblick zu diesen Verknüpfungen zwischen Föderalismus und einem bestimmten Thema sowie der Vergleich mit den Daten für den Zeitraum 2011-2013 findet sich in Abbildung 1.

Abbildung 1: Themenbereiche des Föderalismus



Angaben in Prozent; Anzahl Artikel (2014-2016) n= 354; Anzahl Artikel (2011-2013) n=295.

Die am stärksten besetzten Kategorien sind: Föderalismus (allgemein), Staatssystem / Staatsrechtliche Fragen, Steuerwettbewerb, Bildungs- und Gesundheitspolitik und Finanzausgleich. Eine Verknüpfung zu Themen wie Raumplanung, der Energie-, Kultur-, Verkehrs- oder der Integrations- und Ausländerpolitik besteht nur in seltenen Fällen. Auch im Hinblick auf den Zusammenhang mit aussenpolitischen Themen wie der EU oder zu Steuerabkommen lassen sich nur wenige Artikel finden. Während der Föderalismus allgemein und staatsrechtliche Fragen weiterhin die dominanten Themen sind, mit welchen Föderalismus in der medialen Debatte verknüpft ist, hat sich im Vergleich mit dem Zeitraum 2011-2013 eine Themenverschiebung bei den Politikfeldern ergeben. Dabei hat sich insbesondere der Anteil der Berichte zum interkantonalen Steuerwettbewerb sowie zur Bildungspolitik erhöht. Auch der Finanzausgleich (NFA) zwischen den Kantonen hat in den Jahren 2014-2016 mehr mediale Aufmerksamkeit gefunden als in den Jahren davor. Als neues Thema sind schweizweite Ladenöffnungszeiten mit auf die mediale Agenda gekommen. Die folgenden Ausführungen zeigen die Vielfalt an Unterthemen in den am stärksten besetzten Kategorien auf:

a) Föderalismus (allgemein):

Die Kategorie Föderalismus (allgemein) wurde codiert, wenn der Begriff verwendet wurde, um den Föderalismus als «tragende Säule» bzw. grundlegende Charakteristik der Schweiz darzustellen. In diesen Fällen war kein Bezug zu einem spezifischen Thema wie beispielsweise dem interkantonalen Steuerwettbewerb oder den Aussenbeziehungen mit der EU erkennbar. Dies war der Fall in 28 Prozent (n=99) der Fälle. Typische Beispiele für dieses Auftauchen des Föderalismus in der öffentlichen Debatte sind:

- Föderalismus wurde gemeinsam genannt mit meist zwei anderen Attributen, wie z.B. direkter Demokratie, Gemeinde- und kantonaler Autonomie, Freiheit und Wohlstand, Souveränität, Neutralität, Erhalt der Vielfalt, Konkordanz, Milizsystem oder Bürgernähe.
- Föderalismus als zentraler Wert der Schweiz, prägende Besonderheit und Kern des Schweizer Selbstverständnisses/ der Schweizer Identität.
- Föderalismus hält die Schweiz in ihrer Vielfalt zusammen.
- Föderalismus als zentraler Erfolgsfaktor für die Schweizer Wirtschaft oder «das Modell Schweiz».
- Schweizer Föderalismus hat Modellcharakter für das Ausland und / oder die Europäische Union. Gleichermassen gefährdete ein EU-Beitritt der Schweiz den Föderalismus.
- Insbesondere bürgerliche Parteien bekennen sich pauschal zum Schweizer Föderalismus und nutzen dies als Argument für oder gegen diverse Reformen.

b) Staatssystem / Staatsrechtliche Fragen:

In 13 Prozent (n=46) der Fälle wird Föderalismus mit dem Themenkomplex Staatssystem / Staatsrechtliche Fragen in Verbindung gebracht. Diese Kategorie wurde codiert, wenn Föderalismus primär im Kontext des konkreten Zusammenspiels der verschiedenen politischen Ebenen, der Stellung der Gemeinden und Kantone im politischen System der Schweiz oder als Instrument der Gewaltenteilung und Machteindämmung diskutiert wurde. Beispiele hierfür sind:

- Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Kantonen und dem Bund.
- Föderalismus bedingt Gewaltenteilung.
- Der Bund und die «Berner Politiker» versuchen, den Föderalismus durch (versteckte) Zentralisierung und finanzielle Einschränkungen für die Kantone zu unterlaufen. Häufig wird hier ein Zusammenhang zum Sprachenstreit in der Bildungspolitik oder zu der gescheiterten Gesetzesvorlage zu schweizweiten Ladenöffnungszeiten hergestellt.
- Des Weiteren werden weniger salient Gemeinde- und Kantonsfusionen (insbesondere in der Romandie) sowie das Stimmrecht der Halbkantone sowie das Gewicht der Grenzregionen vor dem Hintergrund des Machtgleichgewichts im Ständerat diskutiert.

c) Steuern/ Steuerwettbewerb:

Ein Thema, welches im Vergleich zu dem vorangegangenen Bericht von 2014 stark an Bedeutung gewonnen hat, ist mit 11,0 Prozent (n=46) gegenüber 2,4 Prozent in den Jahren 2011-2013 das Thema Steuern und Steuerwettbewerb. Grundsätzlich wurde die kantonale Steuerautonomie als Grundpfeiler des wirtschaftlichen Erfolgs der Schweiz sowie der Grundlage der politischen Autonomie der Kantone diskutiert, wobei einzelne Stimmen auf den Aspekt mangelnder Steuergerechtigkeit hinwiesen. Die wichtigsten Unterthemen in dieser Kategorie waren:

- Die Unternehmenssteuerreform III und daraus möglicherweise resultierende Rechtsunsicherheit.
- Gegensätze des Schweizer Steuersystems mit dem Ausland, Eigenheiten bewahren.
- Die Pauschalbesteuerungs- und Erbschaftsinitiative.
- Die (mangelnde) Solidarität zwischen Kantonen in Steuerfragen.
- Einmischung des Bundes in Steuerfragen gefährdet kantonale Finanzen und damit Föderalismus.

d) Bildungspolitik:

Das zentrale Thema, welche die Diskussion um den Föderalismus in der Bildungspolitik (9,9 Prozent, n=28) im Untersuchungszeitraum dominierte, war der «Sprachenstreit». Unter diesem Schlagwort wurde die Intervention von Bundesrat Alain Berset bezüglich der Einführung bzw. des Erhalts des Frühfranzösisch in den Deutschschweizer Kantonen diskutiert. Hervorgehoben werden sollte hier zudem, dass auch die meisten Artikel, welche einen Zusammenhang zwischen dem Föderalismus und der Sprachenvielfalt in der Schweiz herstellen, sich auf die Stellung des Frühfranzösisch in den Deutschschweizer Kantonen bezogen. In letzteren Artikeln war lediglich der Schwerpunkt nicht die Bildungspolitik, sondern die Bedeutung der Sprachen für den Zusammenhalt in der Eidgenossenschaft.

e) Finanzausgleich

Mit 4,2 Prozent (n=15) war der interkantonale Finanzausgleich (NFA) das fünftwichtigste Thema, welches in direktem Zusammenhang mit dem Schweizer Föderalismus diskutiert wurde. Die wichtigsten Unterthemen, welche mit Bezug auf den Finanzausgleich diskutiert wurden, waren:

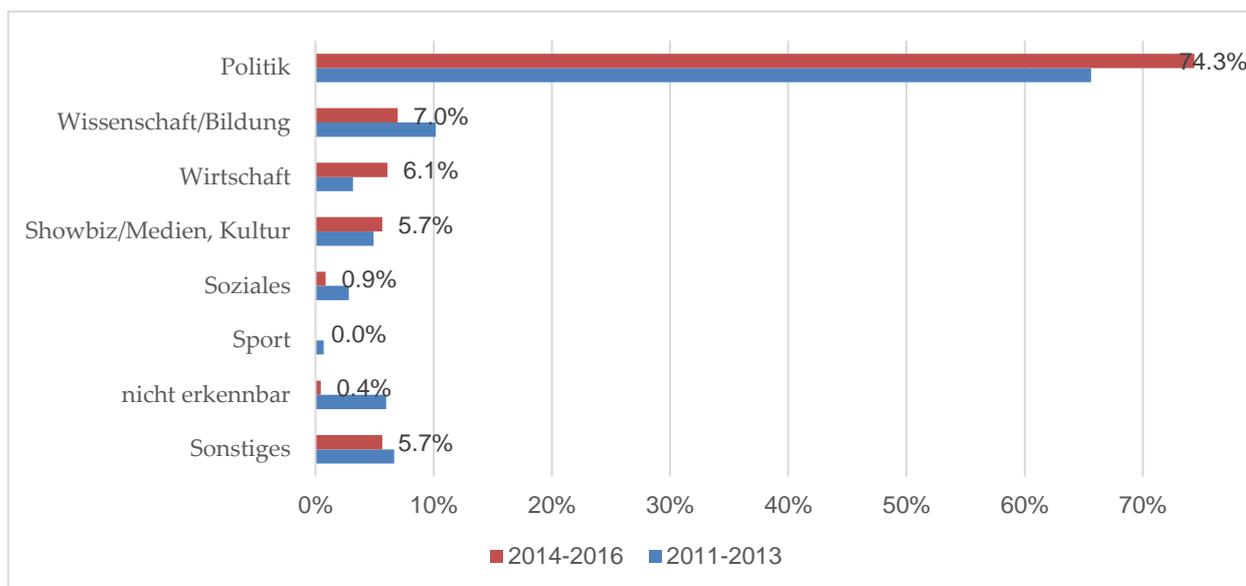
- Konflikt zwischen Geber- und Nehmerkantonen über die Höhe der Zahlungen.
- Stimmverteilung zwischen Geber- und Nehmerkantonen und die zahlenmässige Übermacht der Nehmerkantone.
- Der NFA als Grundlage für den Erhalt des Schweizer Föderalismus.
- Der NFA als Gefahr für den Föderalismus, weil er den Nehmerkantonen die Anreize nimmt, ihre Finanzen eigenständig und nachhaltig zu gestalten.
- Der NFA wird häufig auch gemeinsam mit der Ver- bzw. Entflechtung der Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen diskutiert, wenn es um die kantonale Autonomie in Steuerfragen geht.

4.3 Akteure in der Föderalismusdebatte nach Handlungsfeld und Typ

Sofern der Föderalismus nicht Hauptthema eines Artikels ist, wird dieser am häufigsten durch Akteure als Untermauerung für deren Argumente eingebracht. Die Akteure, welche sich zum Schweizer Föderalismus äussern, können dabei nach ihren Handlungsfeldern (Politik, Wirtschaft, Soziales, Sport, Showbiz / Medien, Kultur, Wissenschaft / Bildung) sowie nach ihrer primären Funktion z.B. in Regierung, Parlament und Verwaltung oder als Repräsentant einer Partei, eines Verbandes oder eines Unternehmens beschrieben werden.

Abbildung 2 und 3 geben einen Überblick über die Handlungsfelder und Funktionen der Akteure, welche sich zum Föderalismus geäußert haben. Demnach entstammen rund 74 Prozent der Akteure dem Handlungsfeld Politik, womit sich die Dominanz politischer Akteure in der Föderalismusdiskussion im Vergleich mit dem Zeitraum 2011-2013 nochmals um fast 10 Prozent erhöht hat. Bei den anderen Handlungsfeldern bietet sich 2014-2016 dagegen ein etwas ausgeglicheneres Bild als 2011-2013 mit 7 Prozent Akteuren aus Wissenschaft und Bildung (-3,2%), rund 6 Prozent Wirtschaftsakteure (+2,9%) und knapp 6 Prozent Akteure aus Medien und Kultur (+0,8%). Akteure aus dem Bereich Soziales spielten dagegen 2014-2016 fast keine Rolle.

Abbildung 2: Akteure nach Handlungsfeldern

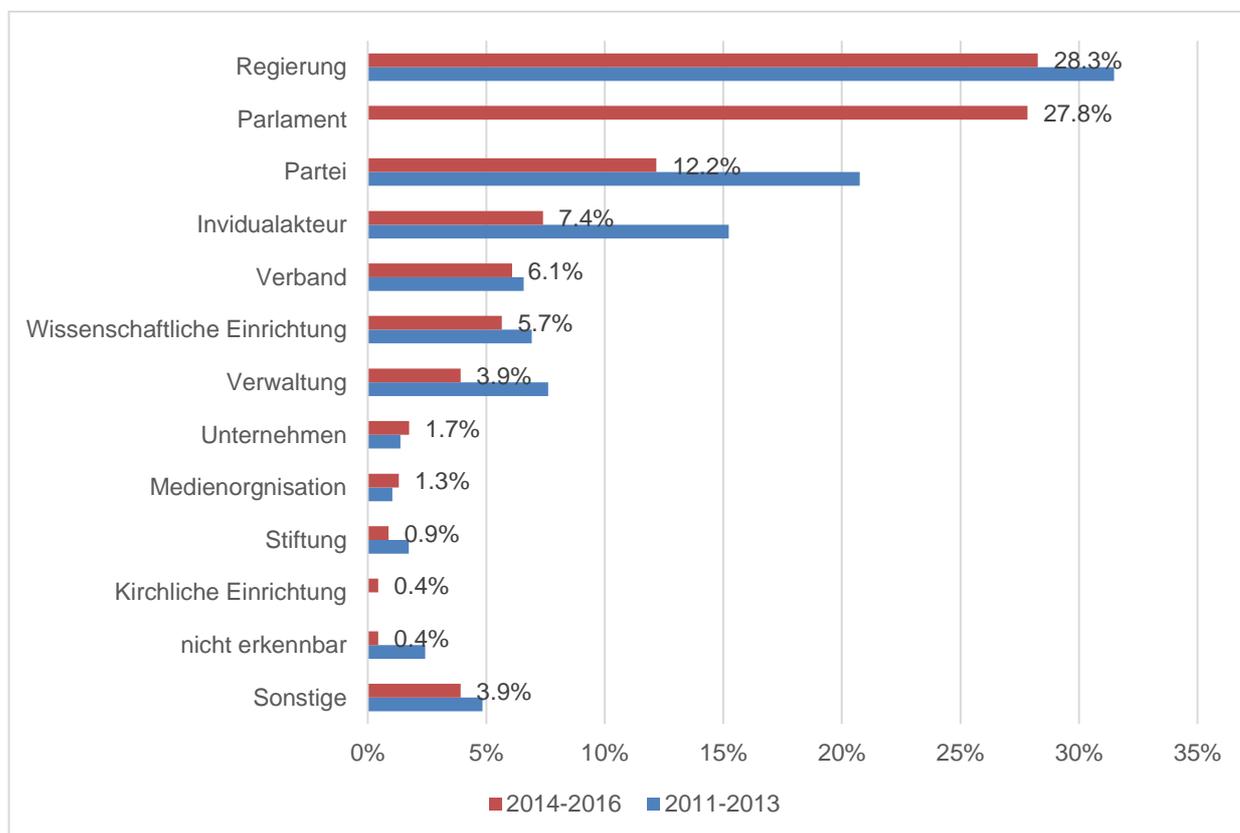


Angaben in Prozent; Anzahl Akteure (2014-2016) n=230; Anzahl Akteure (2011-2013) n=285.

Eine Analyse der Vielzahl politischer Akteure nach Funktionen zeigt, dass Exekutivakteure und Akteure aus der Legislative³ mit 28,3 und 27,8 Prozent in etwa zu gleichen Teilen zu Wort kommen. Akteure, welche primär für eine Partei sprechen, ohne dass weitere Ämter der Person in den Artikeln erwähnt werden, kommen mit rund 12 Prozent am dritthäufigsten vor. Deutlich weniger häufig als noch 2011-2013 wurden Individualakteure sowie Repräsentanten der Verwaltung zum Thema Föderalismus zitiert. Selten zitiert werden Personen aus Unternehmen, Stiftungen und kirchlichen Einrichtungen.

³ Im Bericht für die Jahre 2011-2013 war die Kategorie «Parlament» nicht vorhanden. Nationalräte sowie die seltener vorkommenden Kantons- und Gemeinderäte wurden damals vornehmlich als Parteiateure codiert.

Abbildung 3: Akteure nach Typen



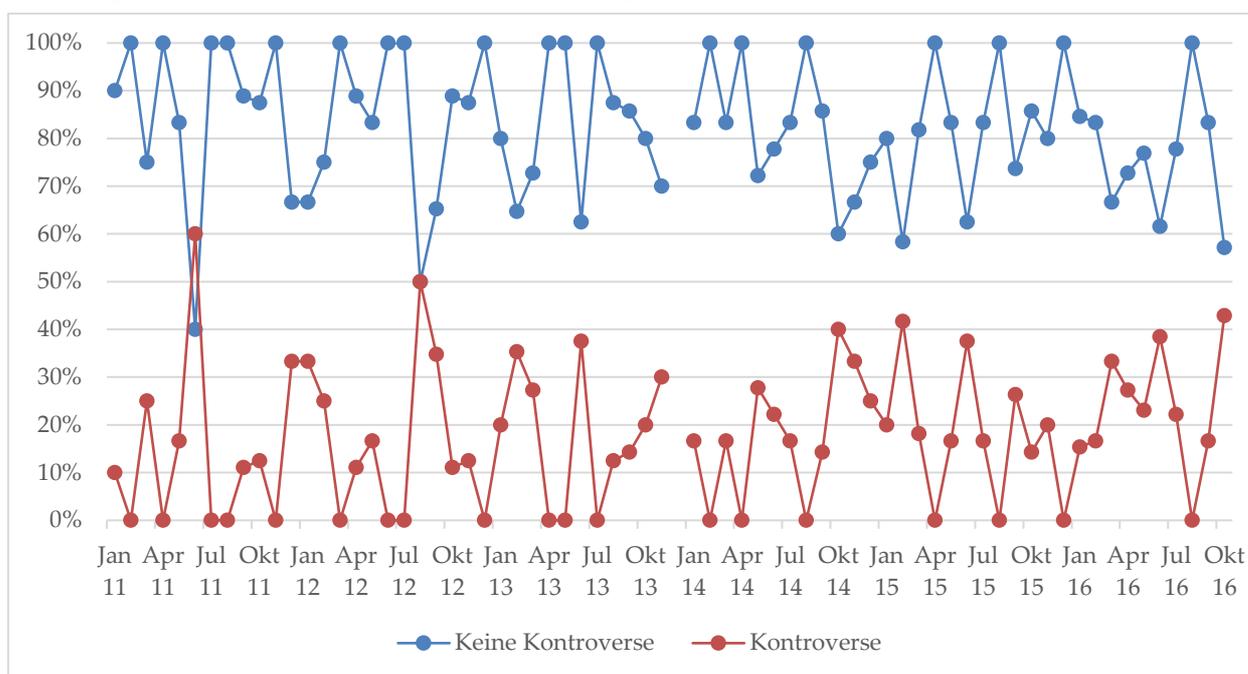
Angaben in %; Anzahl Akteure (2014-2016) n=230; Anzahl Akteure (2011-2013) n=285.

Eine detailliertere Betrachtung der Verknüpfung von Akteuren mit Themen zeigt, dass insbesondere politische Akteure und Akteure aus Medien und Kultur auf den Föderalismus als schweizerischen Grundwert verweisen, während Akteure aus Bildung und Wissenschaft sich zu Föderalismus vor allem im Kontext von Bildungspolitik und staatsrechtlichen Fragen äussern. Nicht überraschend ist der Befund, dass sich Akteure aus der Wirtschaft vor allem zu Wirtschafts- und Steuerfragen äussern, während Aussagen im Bereich Gesundheitspolitik häufig von Ärzten und Vertretern der Spitäler kommen, welche in die Kategorie «Sonstige» fallen. Individualakteure nutzen Föderalismus häufig als Stichwort, um ihre Aussagen zu untermauern ohne Bezug zu einem bestimmten Politikfeld herzustellen.

4.4 Föderalistische Kontroversen

Mehr als drei Viertel der Artikel, welche Bezug zum Thema Föderalismus nehmen, beinhalten keine Kontroversen (78,5 Prozent, n=278). Damit ergibt sich ein sehr ähnliches Bild wie bereits in dem Bericht über die Jahre 2011-2013, in welchem in rund 80 Prozent der analysierten Artikel keine Kontroverse zum Thema Föderalismus gefunden werden konnte (für einen Überblick über den gesamten Zeitraum, siehe Abbildung 4). Im Unterschied zum vorherigen Untersuchungszeitraum, lassen sich für die Jahre 2014-2016 allerdings keine klaren, zeitlich begrenzten Themenschwerpunkte identifizieren, die besonders kontrovers diskutiert wurden. Zudem überwogen zu keinem Zeitpunkt die kontroversen Artikel (rote Linie) die nicht kontroversen Artikel (blaue Linie), wie dies noch 2011-2013 zweimal der Fall war.

Abbildung 4: Anteil Kontroversen in der Berichterstattung im Zeitverlauf 2011-2016



Anzahl Artikel n=649.

Eine detaillierte inhaltliche Betrachtung zeigt trotzdem bestimmte «Dauerthemen» für den aktuellen Untersuchungszeitraum, welche tendenziell konfliktiver berichtet wurden als andere.

- Kompetenz- und Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen, insb. im Bereich Steuern.
- Kontroverse um Einfluss zwischen Städten und ländlicher Schweiz.
- Kontroverse zwischen Geber- und Nehmerkantonen in Bezug auf NFA.
- Kontroverse um Steuergerechtigkeit und föderale Prinzipien, wie z.B. den Steuerwettbewerb.
- Kontroverse um Einfluss / Recht des Bundes, in den Sprachenstreit zwischen den Kantonen einzugreifen; Verhältnis zwischen den Sprachregionen.
- Föderalismus behindert private Initiative, z.B. Eröffnung von Kitas, Bauordnung, Agrotourismus.
- Stände und Stimmvolk verteidigen Föderalismus gegen nationale Erbschaftssteuer, welche den Föderalismus untergraben hätte.
- Verbraucher und Wirtschaft, welche einfache und einheitliche Regeln wünschen, während Politiker «Kantönligeist» pflegen, um Ämter und Macht zu halten.
- Föderalismus als Stärke und Schwäche in internationalen Verhandlungen aufgrund schwieriger Entscheidungsfindung auf der einen Seite und Schule der Diplomatie auf der anderen Seite.
- (Angebliche) Gefährdung des Schweizer Föderalismus durch «schleichenden EU-Beitritt» der Schweiz und zunehmenden internationalen Druck in Wirtschafts- und Steuerfragen.
- Föderalismus stärke den Einfluss der Bürger und begrenze die Macht der Politiker, weswegen diese den Föderalismus schwächen wollten.

Weitere, weniger prominente Themen, welche kontrovers diskutiert wurden sind Cyber-Sicherheit, Revision des Asylgesetzes, welches Enteignungen als Ultima Ratio erlaubt, Notwendigkeit nationaler Sicherheitspolitik, zweite Gotthardröhre, einheitliches Tarifsystem im öffentlichen Nahverkehr, schweizweit einheitliche Ladenöffnungszeiten, Pauschalbesteuerung, Erbschaftssteuer und Littering.

Ähnlich wie im vorherigen Bericht über die Jahre 2011-2013 verlaufen die Konfliktlinien bei den Akteuren hauptsächlich zwischen Vertretern des Bundes und der Kantone sowie zwischen den bürgerlichen und rechten Parteien (SVP, FDP und CVP), welche sich als starke Vertreter des Föderalismus präsentieren, und linken Parteien (insb. SP), welche sich beispielsweise für eine nationale Erbschaftssteuer oder verbindliches Frühfranzösisch in allen Deutschschweizer Kantonen aussprechen. Stärker als noch vor

drei Jahren ist der Konflikt zwischen Geber- und Nehmerkantonen im nationalen Finanzausgleich in der Berichterstattung hervorgehoben worden.

Das Thema Föderalismus wird in den verschiedenen Medien unterschiedlich kontrovers diskutiert. Während in den französischsprachigen Zeitungen nur selten kontroverse Artikel zum Thema Föderalismus erscheinen (>15 %), variiert der Wert der kontroversen Artikel für die Deutschschweizer Medien zwischen 95,7 Prozent nicht kontroverser Artikel in der Südostschweiz auf der einen Seite und 50 Prozent nicht kontroverser Artikel im Blick auf der anderen Seite. Dicht gefolgt von der Neuen Zürcher Zeitung und der Weltwoche, welche je 52 Prozent nicht kontroverse Artikel publiziert haben. Der Corriere del Ticino liegt mit 68 Prozent nicht kontroverser Artikel im oberen Mittelfeld der eher kontroversen Berichterstattung zum Thema.

Allerdings berichten die verschiedenen Zeitungsangebote Kontroversen in sehr unterschiedlichem Framing: Während in der Weltwoche insbesondere ein Konflikt zwischen der SVP und dem Stimmvolk auf der einen Seite (pro Föderalismus) und «den Politikern» auf der anderen Seite (pro Zentralisierung) betont wird, stehen in der Neuen Zürcher Zeitung Konflikte zwischen den Kantonen im Vordergrund. Im Blick steht dagegen die Verteilung von Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen sowie das Verhältnis verschiedener Volksinitiativen zum Schweizer Föderalismus im Mittelpunkt. Der Corriere del Ticino stellt schliesslich die Gemeindeautonomie und –fusionen sowie den Stellenwert der Sprachenvielfalt ins Zentrum der kontroversen Themen, womit sich die Diskussion in der italienischen Schweiz deutlich von der in der Deutschschweiz zu unterscheiden scheint.

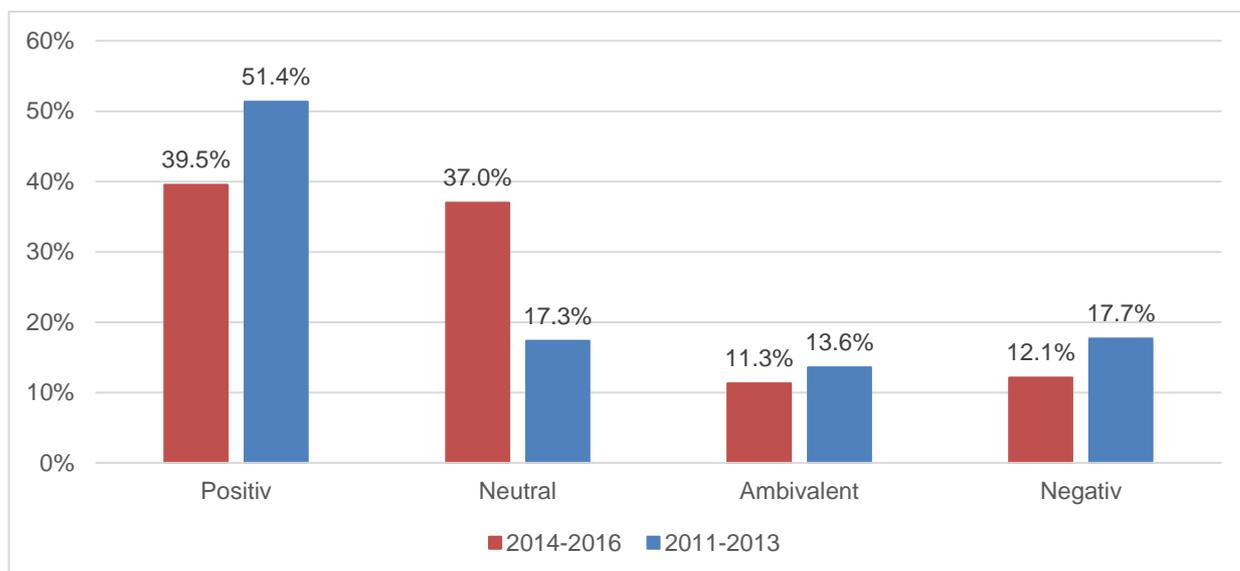
4.5 Bewertungen des Föderalismus

Neben den Themen und Akteuren, welche in Verknüpfung mit dem Föderalismus erhoben wurden, interessierte auch die Bewertung, welche der Föderalismus in der Medienberichterstattung erfährt. Dabei wurde danach unterschieden, ob der Föderalismus als positiv, neutral, ambivalent oder negativ dargestellt wurde.

Föderalismus wird in den Schweizer Medien ganz überwiegend positiv und neutral dargestellt (vgl. Abbildung 5). Zusammengenommen ergeben diese beiden Kategorien, dass gut 75 Prozent der Artikel (n=271) den Föderalismus als positiven oder zumindest neutralen Aspekt des Schweizer politischen Systems und der Schweizer Kultur ansehen. Lediglich 12 Prozent der Artikel (n=43) porträtieren den Schweizer Föderalismus als negativ in seinen Auswirkungen oder seiner Ausgestaltung. Im Vergleich mit dem vorherigen Untersuchungszeitraum fällt auf, dass der Anteil neutraler Berichte stark angestiegen ist, während zugleich der Anteil ambivalenter und negativer Berichte zurückgegangen ist. Dieser Trend scheint den Befund der Kontroverse über die Zeit zu bestätigen, dass in den Jahren 2014-2016 die grossen Debatten zum Thema Föderalismus ausgeblieben sind und sich eher eine kontinuierliche, tendenziell neutralere Diskussion entfaltet hat. Dies zeigt sich auch in Abbildung 6, in welcher für den Untersuchungszeitraum 2014-2016 anders als im Vergleichszeitraum 2011-2013⁴ keine deutlich erkennbaren positiven oder negativen Spitzen in der Berichterstattung zu finden sind (vgl. Abbildung 6).

⁴ 2011-2013 liessen sich insbesondere im Zeitraum der Initiative gegen das Passivrauchen sowie zur Abstimmung über das Raumplanungsgesetz vergleichsweise positive Berichte zum Föderalismus erkennen. Die Debatte über eine vereinheitlichte Strafgesetzgebung zeitigt eine eher negative Darstellung.

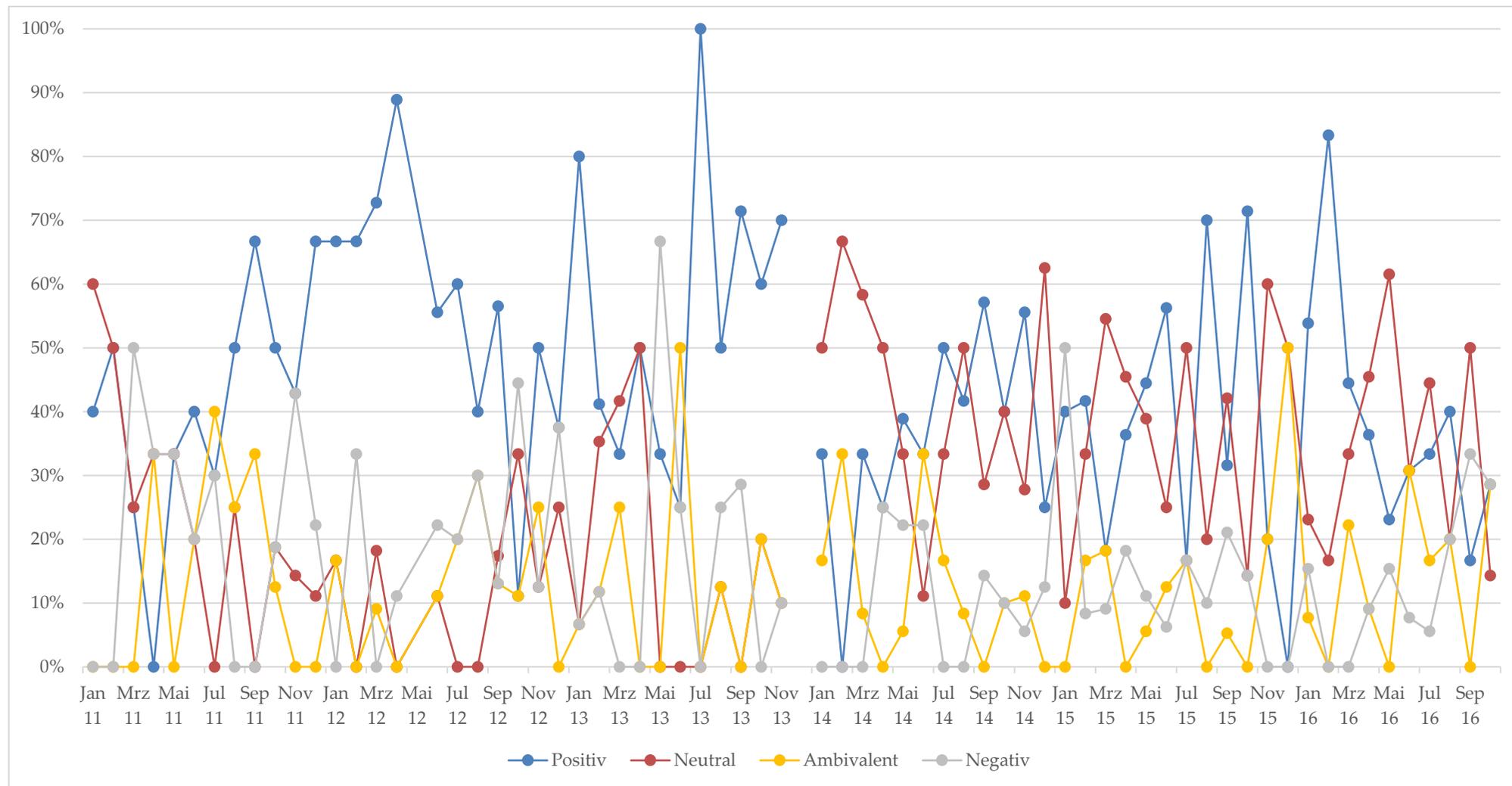
Abbildung 5: Bewertung des Föderalismus in der Berichterstattung



Angaben in Prozent; Anzahl Artikel (2014-2016) n= 354; Anzahl Artikel (2011-2013) n=295.

Sehr ähnlich sind die Befunde für die beiden Untersuchungszeiträume bezüglich der Unterscheide in der Bewertung des Föderalismus nach Medium: Die Weltwoche, die Neue Luzerner Zeitung sowie das St. Galler Tagblatt berichteten mehrheitlich positiv über den Föderalismus, neutral berichten vor allem die Basler Zeitung, der Corriere del Ticino, Le Temps und die Berner Zeitung, während insbesondere der Tagesanzeiger, aber auch Le Temps vergleichsweise viele kritische Berichte vorweisen. Interessant ist zu vermerken, dass sich die Berichterstattung der Neuen Luzerner Zeitung zum Föderalismus gewandelt hat. Diese Zeitung hatte im Vergleichszeitraum 2011-2013 noch deutlich häufiger negativ über den Föderalismus berichtet als dies 2014-2016 der Fall war.

Abbildung 6: Bewertung des Föderalismus im Zeitverlauf (2011-2016)



Im Folgenden soll nun mittels Beispielen und Zitaten die Gründe und Themenfelder für die positive Berichterstattung über den Schweizer Föderalismus auf der einen Seite sowie für negative Berichte auf der anderen Seite aufgeführt und veranschaulicht werden. Allgemein lässt sich beobachten, dass pauschale Verweise auf den Föderalismus nahezu einhellig positiv konnotiert sind, während sich kritische Äusserungen fast immer auf die Auswirkungen oder Umsetzungen des Föderalismus in konkreten Politikfeldern beziehen.

4.5.1 Positive Bewertungen des Föderalismus

Föderalismus als grundlegende Charakteristik, zentraler Wert und Erfolgsprinzip der Schweiz:

Wie bereits in den Jahren 2011-2013 finden sich auch in den Jahren 2014-2016 viele Verweise auf den Föderalismus als tragende Säule des Schweizer politischen Systems sowie als Ursache und Garant für den politischen und wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz. Diese Verweise kommen vor allem in Artikeln vor, welche den Föderalismus nicht als Hauptgegenstand behandeln. Sie nennen den Föderalismus häufig im Dreiklang mit anderen «Schweizer Tugenden». Folgende Zitate illustrieren dieser Art der Berichterstattung:

«Weltoffenheit gehört damit zur Schweiz wie die Demokratie und der Föderalismus.» (Josef Ackermann, St. Galler Tagblatt, 30.01.2016)

«Die Menschenrechte gehören zur Schweiz wie die direkte Demokratie oder der Föderalismus.» (Simonetta Sommaruga, Blick, 28.11.2014)

«Die Milizkultur sei neben der direkten Demokratie und dem Föderalismus der entscheidende Bestandteil des schweizerischen Staatsverständnisses.» (Avenir Suisse, Neue Zürcher Zeitung, 14.01.2015)

«Unsere Institutionen wie der Föderalismus, die direkte Demokratie oder der Rechtsstaat sind tragende Säulen unseres freiheitlichen Landes.» (Andrea Caroni, St. Galler Tagblatt, 03.09.2015)

«...dass für den Erfolg der Schweiz die direkte Demokratie und der Föderalismus unerlässliche Voraussetzungen sind. Und eigenständige Regionen und Gemeinden wüssten besser, was zu tun sei, als zentralistische Strukturen.» (Ueli Maurer, Berner Zeitung, 08.03.2014)

«Gemäss den Statuten will der neue Verein «die traditionellen eidgenössischen Werte» wahren [...] etwa die direkte Demokratie, den Föderalismus, Eigenverantwortung, Solidarität und sozialen Frieden.» (Ruedi Lustenberger, Neue Luzerner Zeitung, 11.02.2016)

«Die direkte Demokratie, den Föderalismus und die Neutralität bezeichnete der Publizist [Roger Köppel] als die Säulen dieses Landes und als dessen wirtschaftspolitische Erfolgsfaktoren.» (o.A., Südostschweiz, 2.08.2014)

"[...] rendre hommage au fédéralisme suisse" (Didier Burkhalter, Le Matin, 07.10.2014)

« Pour l'UDC, «l'indépendance, la démocratie directe, la neutralité et le fédéralisme sont les piliers qui garantissent la liberté et la prospérité du pays».» (Christophe Darbellay, Philipp Müller, Le Temps, 28.02.2015)

«La Suisse est symbole d'ouverture, d'humanité et de liberté, même si quelques Neinsager et autres nains de jardin préfèrent l'isolement. Son drapeau représente le fédéralisme, c'est-à-dire le «vivre-ensemble». La Suisse est composée de 26 cantons différents, soit de 26 cultures diverses qui cohabitent et prospèrent dans le respect mutuel.» (Laurent Naville, La Tribune de Genève, 02.08.2014)

«Wer die Erfolgsgeschichte fortschreiben will, muss die Stärken des Systems pflegen: Offenheit, Föderalismus, Selbstverantwortung, Innovationsbereitschaft, Zurückhaltung bei der Regulierung.» (Armin Müller, Sonntagszeitung, 25.10.2015)

«La concordanza va sostenuta, tuttavia - ha ammonito il capogruppo - occorre rispettare anche le istituzioni e principi fondatori della Svizzera, come il federalismo, lo Stato di diritto e le convenzioni internazionali» (Filippo Lombardi, Corriere del Ticino, 10.12.2015)

«Vielfalt und Föderalismus seien auch in Zukunft unverzichtbar, damit das «geniale Modell Schweiz» überlebe.» (Ueli Maurer, Basler Zeitung, 13.01.2016)

«...Auch der Föderalismus, also dezentrale politische Entscheidungen, sind [...] glücksfördernd.» (Bruno S. Frey, Sonntagszeitung, 26.04.2015)

«Genfer Regierungsrat Serge Dal Busco sieht im System des Föderalismus eine Charakterstärke der Schweiz. «Jedes Mitglied der Eidgenossenschaft hat die gleichen Rechte, sei es der älteste oder der jüngste Kanton», so Dal Busco. Heidi Z'graggen, Frau Landammann des Kantons Uri, bestätigt die Wichtigkeit dieses Grundpfeilers und betonte, dass jeder Kanton gemäss seiner Stärke einen Beitrag leiste und somit zum Erfolg der Eidgenossenschaft beitrage.» (Neue Luzerner Zeitung, 21.05.2015)

Föderalismus als Schweizer Grundwert in Gefahr:

Insbesondere die Weltwoche hebt den Schweizer Föderalismus immer wieder als besonders positiv und wichtig für den Erfolg der Schweiz hervor, während sie diesen konstant in Gefahr wähnt aufgrund machthungriger Politiker in Bern. Einzig die SVP wird als Schützerin des Föderalismus (und der direkten Demokratie) immer wieder hervorgehoben. Beispiele für diese Art der Berichterstattung finden sich in folgenden Zitaten:

«Die schweizerischen politischen Institutionen, die direkte Demokratie, der Föderalismus und die Konkordanz, die Teil des eidgenössischen Erfolgsmodells sind, stehen unter Druck. Während wir um die direkte Demokratie, die eine Ergänzung zum parlamentarischen System ist, im Ausland beneidet werden und die Forschung gezeigt hat, dass die direkte Partizipation nicht nur glücklich macht, sondern verschiedene positive Effekte zeitigt, wünschen sich einige Intellektuelle nichts mehr als eine Expertokratie, um "falsche" Entscheide des tumben Volkes zu verhindern.» (Simon Geissbühler, Weltwoche, 18.09.2014)

«Da ist zum einen die Überzeugung, dass die Schweiz eine ganze Menge von wirklichen Besonderheiten aufweist, die sie unbedingt weiterpflegen und nicht dem internationalen Mainstream opfern sollte. Ich denke an direkte Demokratie, Föderalismus oder Gemeindeautonomie, ich denke an die Lehrlingsausbildung, das Milizsystem oder die Konkordanz, die letztlich alle den Pragmatismus dieses Landes reflektieren, ich denke auch an Zuverlässigkeit, an Treu und Glauben, kurz an Handschlagqualität.» (Gerhard Schwarz, Weltwoche, 28.07.2016)

«Sie [die Schweiz] ist ein Anziehungspunkt für die Zuwanderung aus aller Welt. Warum? Einzig wegen einer besseren Staatsordnung mit den Säulen Unabhängigkeit, Föderalismus, direkte Demokratie, Neutralität, schlanker Staat, Marktwirtschaft. Heute ist jede einzelne dieser Erfolgssäulen bedroht und schwer erschüttert.» (Roger Köppel, Weltwoche, 13.11.2014)

«Ein schlanker Staat mit starkem Föderalismus: So haben die Gründerväter die moderne Schweiz gebaut.» (René Lüchinger, Blick, 15.06.2015)

Schweizer Föderalismus hat Vorbildcharakter für das Ausland/ Ansehen des Schweizer Föderalismus im Ausland:

Werden Vergleiche zwischen der Schweiz und der Europäischen Union angestellt, so wird der Schweizer Föderalismus häufig als mögliches Vorbild für die Weiterentwicklung der EU – insbesondere von ausländischen Kommentatoren – genannt.

«Der Schweizer Föderalismus sei etwas, von dem man in der Europäischen Union nur träumen könne.»(Giorgio Napolitano, Berner Zeitung, 21.05.2014)

«Die Institutionen in der Schweiz sind ein Symbol für Werte wie Föderalismus und Volksrechte, wo sich jeder einbringen kann. Das könnte auch ein Modell für die EU sein.» (Micheline Calmy-Rey, Südostschweiz, 04.05.2015)

«Una parte dell'Italia ama la Svizzera che ha contribuito a salvare capitali e aziende, un'altra parte la accusa di aver sottratto risorse fiscali. Una parte ne ammira il federalismo e la democrazia diretta, un'altra parte ne critica la chiusura verso l'esterno.» (Lino Terlizzi, Corriere del Ticino, 24.03.2014)

Aber auch als Schule der Diplomatie und als Vorbild für andere Nationalstaaten wird der Föderalismus immer wieder in Diskussion eingebracht:

«Schneider-Ammann preist vor dem mit Studenten voll besetzten Saal den Föderalismus, die politischen Strukturen und die Innovationskraft.» (Tobias Gafafer, Neue Luzerner Zeitung, 02.03.2016)

«Aux yeux des Russes, la Suisse reste un partenaire de discussion. La confiance n'est pas entamée. Notre neutralité est respectée à défaut d'être totalement comprise. Notre système politique les intéresse, notre fédéralisme les intéresse, notre diplomatie des bons offices les intéresse.» (o.A., Le Matin, 15.02.2015)

«Besonders lobt das britische Wirtschaftsmagazin die Schuldenbremse, den Föderalismus und die Eindämmung des Zentralstaates zugunsten von Kantonen und Gemeinden.» (Economist, Blick, 19.07.2014)

Föderalismus und Infrastruktur:

Die Besonderheit des starken Föderalismus wird auch in Verbindung mit der Stärke der Städte und Infrastruktur der im internationalen Vergleich kleinen Schweiz gebracht, welche vom Föderalismus und seine Flexibilität, den unterschiedlichen Regionen gerecht zu werden, profitieren:

«Bien que soumises à une forte croissance de population et une attractivité renouvelée pour l'habitat urbain, les villes suisses restent provinciales (en population) à l'échelle internationale. Mais toutes, sans exception, offrent un cosmopolitisme inégalé pour leur taille. Un paradoxe étroitement lié au fédéralisme, qui a garanti une répartition équitable des richesses et du pouvoir au cours d'années de pleine croissance.» (Patrick Heiz, Le Temps, 04.03.2016)

«Cette voie médiane, au centre de l'échiquier, est bien helvétique. Le bon mode de transport au bon endroit. On ne peut régler en effet de la même manière l'accessibilité à une vallée latérale alpine et celle d'une agglomération du plateau. Cela semble évident, mais seul le fédéralisme permet de mettre en œuvre au quotidien cette réalité multiple. » (L'Hebdo, 09.06.2016)

Föderalismus, Gemeindeautonomie und kantonale Eigenständigkeit:

Gemeindeautonomie und Verantwortung auf kantonaler Ebene werden immer wieder als positive Eigenschaften des Föderalismus, welcher im Vergleich mit zentralstaatlichen Lösungen effizientere Lösungen hervorbringe, genannt. Des Weiteren helfen diese Prinzipien, Bürgernähe zu gewährleisten. Folgenden Zitate illustrieren diesen Punkt:

«Als Beispiel nannte Reto Nause die Regelung der Kompetenzen und Zuständigkeiten zwischen Stadt und Kanton Bern. «Wir wollen mehr Föderalismus, mehr Autonomie für die Gemeinden», sagte er. Der Grund: Das Gastgewerbegesetz regelt der Kanton, zum Missfallen der Stadt. Das Nachtleben und die Gastronomie betreffe die Menschen direkt vor Ort, darum sollte auch die betroffene Gemeinde selber entscheiden können, forderte Nause.» (Reta Nause, Berner Zeitung, 04.12.2014)

«Ich kämpfe zudem für den Erhalt der Gemeindeautonomie, welche die Basis unseres Föderalismus ist.» (Markus Bänziger, St. Galler Tagblatt, 29.05.2015)

«Infatti il Comune resta, nel nostro sistema federalista, il punto di riferimento, il primo contatto fra i cittadini e le istituzioni. È quindi fondamentale che il Comune sia dinamico e aderente alla realtà. Un federalismo sano è un federalismo moderno, che non subisce l'evoluzione ma l'accompagna e, nel limite del possibile, l'anticipa.» (Norman Gobbi, Corriere del Ticino, 14.10.2016)

«Ogni Cantone porta una responsabilità per se stesso, ma anche per il resto del Paese. È questo il senso del federalismo.» (Giovanni Galli, Corriere del Ticino, 09.07.2016)

«Wir glauben an den Föderalismus im Kanton und das Bedürfnis seiner Regionen nach adäquaten Institutionen für Bildung, Gesundheit und Kultur.» (Marc Mächler, St. Galler Tagblatt, 26.01.2016)

«Die verlotterte Umfahrung Liestal – ein Musterbeispiel für eine geteilte Verantwortung, die nicht funktioniert. Zweimal hatte sich Baselland vom Bund abhängig gemacht, zweimal gings daneben. Es ist an der Zeit, die Zuständigkeiten im Strassenbau unmissverständlicher zu regeln und den Geldfluss so anzupassen, dass die Kantone handlungsfähig sind. Die Kantone sind näher dran. Mehr Föderalismus bringt in aller Regel weniger Leerlauf.» (David Thommen, Basler Zeitung, 13.01.2016)

«Und in einer Spitze ans Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement sagte er, der Bund habe drei Monate benötigt, um 2000 weitere Plätze für Asylsuchende zu schaffen. Der Kanton habe zusammen mit den Gemeinden in wenigen Tagen 1 000 Plätze organisiert. Das zeige, was Föderalismus bedeute.» (Fredy Fässler, St. Galler Tagblatt, 22.01.2016)

«Le fédéralisme garantit la rapide détection et la prise en compte concrète, proche des attentes populaires, des difficultés qui peuvent se présenter. Les cantons ont une latitude d'action et la capacité de se faire entendre de la Confédération, qui doit les associer à la préparation des décisions de politique extérieure affectant leurs compétences.» (Pascal Broulis, Le Matin, 19.01.2014)

«Der Föderalismus hat bei der Umsetzung eine Vielzahl an Organisations- und Finanzierungsformen hervorgebracht. Der Bundesrat muss nun die Musterschüler finden [...] Die besten Modelle sollen als Vorbilder dienen, wie andernorts die Probleme bewältigt werden können.» (Albert Vitalis, Blick, 24.11.2014)

Föderalismus, nationaler Finanzausgleich und Finanzen allgemein:

Der nationale Finanzausgleich wird gemeinsam mit der kantonalen Finanzautonomie und dem Steuerwettbewerb als wichtiger Bestandteile für das Funktionieren des Föderalismus sowie für dessen positive Wirkung auf Wirtschaft und Demokratie genannt, wie folgenden Beispiele verdeutlichen:

«Der Finanzausgleich gehört zu den wichtigsten Elementen im Föderalismus.» (o.A., St. Galler Tagblatt, 10.12.2014)

«Der komplette Mechanismus des bernischen Finanz- und Lastenausgleichs – und damit auch jener in der Sozialhilfe – wurde vor relativ kurzer Zeit vom Parlament überarbeitet: Anfang 2011 stimmte dabei auch die FDP für die Weiterführung dieser «Herz-Lungen-Maschine» des Föderalismus, wie es Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) nennt.» (Beatrice Simon, Berner Zeitung, 26.11.2014)

«Die grosse Reform des Föderalismus ist unter anderem die Grundlage, damit der wichtige Steuerwettbewerb, der die Abgabenlast in Grenzen hält, mehrheitsfähig bleibt. Davon profitieren notabene Kantone wie Schwyz.» (o.A., St. Galler Tagblatt, 07.06.2015)

«Ebenso bekannte sich die Schweiz zum Prinzip der Neutralität und zum Föderalismus. Zwei Faktoren, die Würth als zentral für den Erfolg des Landes wertete. «Dem müssen wir Sorge tragen», mahnte er und wies darauf hin, dass gerade die dezentrale Eigenverantwortung «ein Grund ist, wieso wir noch gesunde Staatsfinanzen haben». So sei es ein Trugschluss, dass eine Zentralisierung Kosten spare. Ebenso habe das System zahlreiche positive Nebeneffekte, die bis hin zu einer höheren Zufriedenheit der Bevölkerung reichten.» (Benedikt Würth, Südostschweiz, 02.08.2015)

«Die Schweiz als Vorbild zu nehmen, verlangt nämlich, den Föderalismus zu stärken, wie sich dies etwa in der Unabhängigkeit der Kantons- und Gemeindefinanzen zeigt.» (Peter Bernholz, Weltwoche, 29.10.2015)

Hier sei allerdings angemerkt, dass die konkrete Ausgestaltung des Finanzausgleichs und das Verhalten der Kantone bei einer etwaigen Reform tendenziell eher kritisch beleuchtet wird, wie es sich bei der Diskussion der negativen Bewertungen weiter unten in diesem Bericht zeigt.

Föderalismus und Sprachenstreit:

Auf beiden Seiten des Röstigrabens wurde die Intervention von Alain Berset im Sprachenstreit vor dem Hintergrund des Föderalismus diskutiert, wobei diese mehrheitlich zugunsten der kantonalen Hoheit im Bildungsbereich abgelehnt und der Föderalismus hochgehalten wurde:

«Alain Berset l'a déjà dit au Conseil national. Il privilégiera la cohésion nationale, ce qui lui a déjà valu l'étiquette de «bailli des langues» en Suisse centrale. Peter Keller s'est insurgé contre la prise de position du ministre de l'Intérieur. «C'est absurde de vouloir tout harmoniser. C'est le fédéralisme qui fait la force de la Suisse», assure-t-il. » (Peter Keller, L'Hebdo, 01.05.2014)

Föderalismus und verschiedene Volksinitiativen:

Die Berichterstattung über verschiedene Volksinitiativen beinhaltet häufig, dass diese in ihrem Verhältnis und ihren Auswirkungen auf den Schweizer Föderalismus eingeordnet und bewertet werden. In den Jahren 2014-2016 war dies insbesondere bei den Initiativen zur Pauschalbesteuerung und der Erbschaftssteuer der Fall, wie folgende Zitate zeigen:

«Erstens will sie die kantonale Hoheit über Erbschafts- und Schenkungssteuern abschaffen und durch eine Bundessteuer ersetzen. Dies ist ein direkter Angriff auf den Föderalismus, der wiederum eine der Hauptsäulen des Erfolgsmodells Schweiz ist, für das ich mich einsetze. Der Bund hat schon mehr als genügend Kompetenzen, Steuern und Abgaben zu erheben.» (Daniel Stolz, Basler Zeitung, 13.05.2015)

«Die Initiative [zur Erbschaftssteuer] ist ein «unnötiger Angriff auf den Föderalismus.» (Pascale Bruderer, Südostschweiz, 10.04.2015)

«Weiter sei die [Erbschaftssteuer-]Initiative staatspolitisch verfehlt, greife in die Steuerhoheit der Kantone ein und höhle den Föderalismus aus.» (Stellungnahme der Glarner Handelskammer, Südostschweiz, 19.05.2015)

«Und bei der Abstimmung über die Pauschalsteuer geht es nicht in erster Linie um Ausländer. Sondern um den Föderalismus und das Verhältnis von Bund und Kantonen und die Frage, ob die Stände noch Herr ihrer Steuerhoheit sind, wenn eine bundesweite Abschaffung der Pauschalsteuer kommen sollte.» (René Lüchinger, Blick, 22.11.2014)

«...dass jeder Kanton selbst entscheiden sollte, ob er die Pauschalbesteuerung beibehalten will oder nicht. Die Initiative trete den Föderalismus und die kantonale Steuerhoheit mit Füßen.» (FDP Nidwalden, Neue Luzerner Zeitung, 03.11.2014)

4.5.2 Negative Bewertungen des Föderalismus

Nachdem gezeigt wurde, dass der Föderalismus insbesondere dann in einem positive Licht berichtet wird, wenn es um generalisierte Aussagen zu Schweizer Werten und dem politischen System geht, zeigen sich die negativen Bewertungen vor allem dann, wenn es um die konkrete Umsetzung und die Auswirkungen des Föderalismus in bestimmten Politikfeldern und für das private Handeln der Bürger geht.

Föderalismus und Baurecht, Raumplanung, Besiedelung, Unterbringung von Flüchtlingen:

Ein grosses Thema, welches in der öffentlichen Diskussion immer wieder zur Sprache kommt, ist die Heterogenität im Baurecht sowie der Mangel einer integralen Umsetzung des Raumplanungsgesetzes, bezüglich dessen ganz unterschiedliche Interessen zwischen den Kantonen bestehen.

«Auch auf der baulichen Seite gibt es bald zu viele Regeln. In der Schweiz führt der Föderalismus zudem dazu, dass in jedem Kanton anders gebaut wird.» (Arno Kneubühler, Neue Zürcher Zeitung, 28.05.2016)

«Ein Problem ist der Föderalismus: Raumplanung ist Sache der Kantone. Der Bund kann mit seinen Zielen deshalb nur informieren und sensibilisieren.» (o.A., Tagesanzeiger, 24.08.2015)

«Wir in der Schweiz mit unsern kantonal unterschiedlichen Baurechten leiden unter dem Föderalismus.» (Anton Affentranger, Weltwoche, 01.09.2016)

Ein Thema, welches in den vergangenen drei Jahren mit neuer Dringlichkeit auf die Agenda kam, war die Verteilung und Unterbringung von Flüchtlingen in den Kantonen und Gemeinden:

«C'est peut-être bien là la limite de l'importation du concept de «ville refuge» en Suisse: c'est que l'accueil et donc le logement des réfugiés dépendent des cantons, fédéralisme oblige.» (Fabian Mueddine, Le Matin, 03.04.2016)

Föderalismus und Gesundheitspolitik:

Artikel, welche den Föderalismus im Bereich des Gesundheitswesens diskutieren, werfen ein mehrheitlich negatives Bild auf die föderalen Strukturen, wobei die Finanzierung und Bedarfsplanung der Spitäler sowie die unterschiedlichen Kosten der Gesundheitsversorgung in den Kantonen besonders im Fokus stehen. Auch die Bedarfsplanung bei der Ausbildung des medizinischen Personals nach der Masseneinwanderungsinitiative fand Beachtung. Nachfolgende Zitate illustrieren die genannten Themen:

«Föderalismus: Die Bedarfsplanung, etwa im Spitalbereich, erfolgt noch weitgehend innerhalb der Kantons Grenzen.» (Ulrich Rotzinger, Andreas Schaffner, Blick, 26.09.2014)

«Spitäler verursachen fast 40 Prozent der Gesundheitskosten. Der starke Föderalismus, ja gar Regionalismus im Gesundheitswesen ist teuer.» (Anna Wanner, Roman Seiler, Südostschweiz, 02.09.2015)

« Et puis la gouvernance systémique doit poursuivre sa mue. Le fédéralisme sanitaire doit être réformé. A l'échelle de la Suisse, la répartition des compétences est désuète, par manque de cohérence. Une politique nationale de la santé doit devenir le support de l'action des cantons, dans un esprit d'harmonisation, garant d'un pilotage adéquat. Qu'il s'agisse de prévention et de promotion de la santé, de planification de la médecine de pointe, de réorganisation hospitalière, de définition et d'évaluation de la qualité, il n'est plus possible de penser et d'agir d'abord au niveau cantonal. » (Stéphane Rossini, Le Temps, 10.10.2014)

«Nous ne pouvons pas admettre une différence de 10 000 francs pour les mêmes prestations entre deux familles qui habitent simplement des cantons différents [...]. Nous avons atteint la limite du fédéralisme » (Jean-François Steiert, Le Matin, 25.09.2016)

«Die Tatsache, dass die Kantone für die Umsetzung von E-Health zuständig sind, erschwert den Datenaustausch und ist angesichts der Kleinräumigkeit des Landes geradezu fahrlässig: Wer garantiert einem Patienten eines Kleinkantons, der sich in einer grösseren Stadt weiterbehandeln will, dass dort auf seine Akte zugegriffen werden kann? «Der Kantönligeist hemmt den medizinischen Fortschritt ungemein», kritisiert Urs Meyer, emeritierter Professor für Pharmakologie am Biozentrum der Uni Basel und E-Health-Experte.» (Südostschweiz, 11.08.2016)

«Ainsi, pour les professionnels de la santé, la Confédération pourrait mettre la main au portemonnaie afin de former davantage d’infirmières et de médecins suisses. Mais la proposition est compliquée à mettre en place, surtout pour les médecins. En effet, si les infirmières sont formées dans des hautes écoles spécialisées qui dépendent de la Confédération, les étudiants en médecine, eux, fréquentent les bancs de l’université qui sont entièrement gérés par les cantons. Pour que la mesure se révèle réellement utile, il faudrait donc dépasser cette règle du fédéralisme.» (Fabian Muhieddine, Le Matin, 01.02.2015)

Föderalismus und Sicherheit:

Neben der Gesundheitspolitik war das Thema Sicherheit der zweite Aspekt, für welchen die Berichterstattung primär hinderliche und negative Konsequenzen des Föderalismus hervorhob:

«...– und vom ewigen Föderalismus-Dilemma [in Bezug auf Cyber-Kriminalität]: Man ist sich nicht einig, wer was übernehmen soll. Seit zwei Jahren diskutiert eine Arbeitsgruppe über die Aufgabenteilung Bund/Kantone. Bisher ohne harte Resultate.» (o.A., Tagesanzeiger, 26.08.2016)

«...«Der Föderalismus darf die Sicherheit der Schweiz nicht schwächen». Darin fordert der VSPB unter anderem eine einheitliche Polizeiausbildung für die ganze Schweiz.» (Versammlung des Verbands Schweizerischer Polizeibeamter, St. Galler Tagblatt, 29.06.2014)

«Für die Sicherheit zuständig ist in erster Linie die Polizei. Dass nicht vor jeder Synagoge im Land ein Polizist steht, hat auch mit dem Föderalismus in der Schweiz und seinen 26 verschiedenen Polizeikorps zu tun.» (Daniel Ballmer, Basler Zeitung, 06.03.2015)

«Les carences en matière de coordination et de décision à cause du fédéralisme et de la souveraineté cantonale minent aussi notre sécurité nationale.» (Par Yves Petignat, Le Temps, 21.01.2015)

Föderalismus und Bildungspolitik:

Die Auswirkungen einer (zu stark) föderalen Bildungspolitik werde insbesondere im französischsprachigen Teil der Schweiz kritisiert, wie die folgenden Zitate zeigen:

«Le système suisse des bourses ne souffre pas que de sous-investissement, il est aussi victime d’un fédéralisme exacerbé: comme chaque canton a son propre système de soutien aux études, un jeune en formation peut recevoir, à situation financière équivalente, un montant très différent à des conditions très différentes en fonction de son canton de domicile.» (Jean Christophe Schwaab, Le Temps, 29.05.2015)

«Non, si on regarde les choses froidement, ce n’est pas un enjeu définitif. La cohésion de la Suisse est basée sur 10 000 facteurs, mais pas sur une intense communication ni sur un multilinguisme généralisé. Le modèle suisse est davantage basé sur le soft apartheid que sur le melting-pot (ndlr: un développement séparé des deux cultures plutôt qu’une fusion de celles-ci). C’est plutôt le chacun pour soi, le fédéralisme et le succès économique. Mais, symboliquement, c’est important.» (Christophe Büchi, La Tribune de Genève, 29.04.2015)

«L’évocation rituelle du mythe fédéraliste: cette initiative réduirait les prérogatives des cantons, ce qui est considéré a priori comme inadmissible. Peu importent les conséquences dommageables du fédéralisme en la matière que l’on ne peut nier: faute de former assez d’ingénieurs et de médecins, ce qui devrait être un objectif national et pas régional, la Suisse doit en importer massivement.» (Jacques Neiryck L’Hebdo, 23.04.2015)

Föderalismus und Mobilität:

Die Auswirkungen föderaler Gesundheits- und Bildungspolitik wirken sich laut der Zeitungsberichterstattung auch negativ auf die interkantonale Mobilität insbesondere von Familien mit schulpflichtigen Kindern sowie von älteren Menschen aus:

«Wir zerbrechen uns jahrelang den Kopf darüber, welche erste Fremdsprache die Kinder lernen sollen, dabei wäre es viel wichtiger, das Schulsystem zu harmonisieren, um die Mobilität zu erleichtern.» (Walter Leimgruber, Tagesanzeiger, 30.01.2016)

« Le fédéralisme empêche les aînés de déménager » (o.A., La Tribune de Genève, 12.05.2014)

Föderalismus und «Kantönlicheist» in einer komplexen, globalisierten Welt:

Hier wird häufig auf unterschiedliche Lebensbedingungen und Preise zwischen den Kantonen sowie Hürden bei wirtschaftlichem Handeln aufgrund von Regelungsvielfalt verwiesen.

«Sorgen bereitet mir die Ausgestaltung unseres Föderalismus. Sie hat zur Folge, dass jede Gemeinde einen Autobahnzubringer und jeder Kanton eine Hochschule haben will. Doch für diesen Föderalismus fehlen uns erstens die Ressourcen, zweitens steht er dem Streben nach hoher Qualität im Weg. Drittens haben wir es heute – gerade in raumplanerischen oder umweltpolitischen Fragen – mit Herausforderungen zu tun, die wir nur bewältigen können, wenn wir in grösseren Dimensionen denken.» (Regine Aeppli, Tagesanzeiger, 30.12.2014)

«Der Vergleich zeigt vor allem, wie enorm die föderalistische Kreativität der Kantone auch in einem staubtrockenen Gebiet wie den Handänderungssteuern ist. Genf etwa kennt nicht weniger als sechs unterschiedliche Tarife je nach Konstellation, und auch im Jura gehts nicht unter fünf. Das Wallis wendet als einziger Kanton progressive Tarife an, die mit dem Kaufpreis ansteigen; allerdings werden auch die grössten Deals weniger stark besteuert als in Bern (1,5 statt 1,8 Prozent).» (o.A., Berner Zeitung, 03.05.2014)

«Si sentiva un po' venire [la bocciatura della legge sugli orari d'apertura, n.d.a.] negli ultimi tempi, vista l'azione di lobbying molto forte della Conferenza dei direttori cantonali dell'economia (Ticino escluso), i quali hanno tempestato unicamente il tema del federalismo. Così parecchi PPD e PLR si sono detti favorevoli all'idea ma purché lo possa decidere ogni cantone per conto suo. Mi accontento del fatto che almeno in Ticino la situazione sembra essersi sbloccata; gli altri avranno il tempo per pensarci su ancora.» (Filippo Lombardi, Corriere del Ticino, 07.06.2016)

Die Effektivität kantonaler Regelungen im Bereich Jugendschutz werden im Zeitalter des Internets in Frage gestellt, wie folgendes Zitat zeigt:

«Parler du fédéralisme dans une question qui se joue au niveau international, c'était quand même ridicule. » (Florent Quiquerez Berne, La Tribune de Genève, 20.10.2016)

Föderalismus und Umgang mit Minderheiten und Kindern:

In Bezug auf den Umgang mit kritischen Themen wie beispielweise Minderheiten, Anerkennung von Religionsgemeinschaften oder Armut wird öffentlich kritisiert, dass die Politik den Föderalismus nutze, um Zuständigkeiten abzuschieben oder aufgrund mangelnder Kooperation in der Erforschung von Problemen, Probleme kleinzureden oder zu ignorieren. Folgenden Zitate stehen beispielhaft für diesen Aspekt der Berichterstattung:

«Bei allem Verständnis für unseren Föderalismus: Wo es um uns Jenische geht, hat der Bund doch wacker viel an die Kantone und Gemeinden ausgelagert.» (Venanz Nobel, Tagesanzeiger, 03.05.2014)

«Ein grosses Manko in der Schweiz sind fehlende Daten. Wir können zum Beispiel nicht genau sagen, wie viele Kinder von Armut betroffen sind und wie sich diese auf ihren Alltag auswirkt. Und es gibt keine nationale Statistik über Fremdplatzierungen. Das hat damit zu tun, dass Rohdaten zum Teil zwar vorhanden sind, aber nicht analysiert und bewertet werden und folglich daraus keine politischen Massnahmen abgeleitet werden. Es hat aber auch mit dem Föderalismus und mit unterschiedlichen Datenerhebungssystemen zu tun. Wir würden uns mehr Kooperation unter den Gemeinden, den Kantonen und dem Bund wünschen.» (Elsbeth Müller, Tagesanzeiger, 22.01.2015)

«Da ist zum einen der Föderalismus. In jedem Kanton hat ein Gesuch andere Voraussetzungen, und eine Anerkennung für Religionsgemeinschaften auf Bundesebene gibt es nicht.» (Samuel Behloul, Neue Luzerner Zeitung, 25.01.2015)

Föderalismus und nationaler Finanzausgleich:

Wie bereits weiter oben im Bericht erwähnt, wird die konkrete Umsetzung und Ausgestaltung des nationalen Finanzausgleichs immer wieder kritisiert und insbesondere von den Geberkantonen darauf hingewiesen, dass das Verhalten der Nehmerkantone die im Föderalismus notwendige Solidarität unter den Kantonen gefährde.

«Halb leer ist das Glas, weil das Parlament sieben Jahre nach Einführung des NFA von zentralen Abmachungen abweicht, die diesem zugrunde lagen. Die Mehrheit hat kurzerhand das Ausmass der Umverteilung zulasten des Bundes und der Geberkantone erhöht. Die finanzstarke Minderheit darf zuschauen und zahlen. Solange die Mehrheit der Profiteure an dieser Taktik festhält, sind ihre schönen Reden von Solidarität, Föderalismus und Zusammenhalt hohl – so hohl wie die Hand, die sie im NFA machen.» (o.A., Berner Zeitung, 16.06.2015)

«...le principe du fédéralisme en prend un sacré coup. Notre système implique la solidarité. Mais en réalité, si les lésés forment une minorité, la majorité fait blocage. » Et de comparer les débats au Parlement à «une assemblée générale entre victimes et «brigands», les seconds ne voulant pas rendre le butin» (Mauro Poggia, La Tribune de Genève, 15.07.2014)

Föderalismus und Repräsentation:

Ähnlich wie im Fall des nationalen Finanzausgleichs und dem Konflikt zwischen Geber- und Nehmerkantonen wird immer wieder die faire Repräsentation und ein fairer Ausgleich von Interessen zwischen Städten und den ländlichen Gebieten diskutiert, wie folgendes Zitat illustriert:

« Mais si la fin des trop longues années Brélaz paraît ternie, c'est sans doute aussi que la méthode qui a fait son succès a atteint ses limites. Il n'y a pas de doute, Daniel Brélaz a porté en Suisse la cause des villes, qui peinent encore à peser de leur juste poids au pays du fédéralisme et de l'autonomie communale. » (Yelmarc Roulet, Le Temps, 27.01.2016)

5 Ergebnisse: Fokus-Analyse

Die qualitative Analyse vertieft die in der repräsentativen Studie gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich einzelner, spezifischer Themenkomplexe. Sie fokussiert dabei auf vier Aspekte: auf die Rolle des Tessins im (politischen) Diskurs rund um das Thema Föderalismus; auf zwei besonders konfliktreich ausgetragene Themen (Sprachenstreit und nationaler Finanzausgleich, NFA); sowie auf die argumentative Verwendung des Begriffs Föderalismus.

Themenspektrum Föderalismus: Das Tessin im Fokus

In den vergangenen drei Jahren stand der Kanton Tessin in Beiträgen mit einem Föderalismusbezug wiederholt direkt oder indirekt im Fokus. Das Themenspektrum reicht dabei von einer zweiten Gotthardröhre, über Gesetzestexte wie das Burkaverbot, den Inländervorrang, ein neues Gewerbe-gesetz oder eine Anpassung bzw. nationale Regelung der Ladenöffnungszeiten, dem Tessiner Staatsrat und Bundesratskandidaten Norman Gobbi, der Zukunft der italienischen Sprache bis hin zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien. Der Föderalismus erfährt dabei in den meisten Fällen eine neutrale Bewertung, wird der Begriff doch zumeist in seiner Bedeutung als «tragende Säule» der Schweiz oder in staatsrechtlichen Fragen – wie der Umsetzung von kantona-len Initiativen – vorgebracht. Allerdings reflektiert die Titulierung dies nicht in jedem Fall, wie am Beispiel der Basler Zeitung ersichtlich ist: «Sie nerven, die Tessiner. Das neue Gewerbe-gesetz verär-gert die umliegenden Kantone.»⁵

In diesem Zusammenhang wurden, zusätzlich zur eigentlichen Stichprobe, auch die im *Corriere del Ticino* veröffentlichten Meinungsbeiträge und Leserbriefe im Zeitraum zwischen 2014 und 2016 analysiert. Insgesamt publizierte die Zeitung 38 Meinungsbeiträge mit Bezug zum Thema «Födera-lismus», die nicht von der Redaktion verfasst wurden. Zehn davon waren Leserbriefe, bei den rest-lichen Artikeln handelt es sich um eingeladene Meinungsbeiträge von bekannten Tessiner Persön-lichkeiten aus Politik und Kultur. Trotz der dürftigen Materiallage lassen sich zwei grundsätzliche Themenkomplexe identifizieren, in denen der Föderalismus jeweils unterschiedlich bewertet wird. Einerseits zielen die Beiträge auf das Selbstbestimmungsrecht des Tessins in Bezug auf die Umset-zung von neuen Gesetzen ab (so zum Beispiel das Burkaverbot), sowie auf die verkehrstechnischen Leistungen des Südkantons. In diesem Zusammenhang erfährt der Föderalismus in den Beiträgen zumeist eine negative Bewertung, weil der Eigenständigkeit des Kantons aus Sicht der Autoren zu wenig Rechnung getragen wird. Beispielfhaft für diese Art der Argumentation ist ein Leserbrief, dessen Titel «Il federalismo non è un dogma»⁶ (Der Föderalismus ist kein Dogma) lautet. Auf der anderen Seite gehen die Leserbriefe wiederholt auf die Bedeutung des Service Public ein, indem auf die Bedeutung der SRG bzw. der RSI für die italienische Schweiz hingewiesen wird. In diesen Arti-keln ist der Föderalismus positiv konnotiert. Bezieht man nun die Meinungsbeiträge ebenfalls in die Analyse mit ein, so werden die beiden Themenkomplexe noch klarer, gerade in Bezug auf das Burkaverbot sowie den Inländervorrang («Prima i nostri»). In der welschen Schweiz lässt sich eine ähnliche Tendenz aufgrund der fehlenden Leserbriefe in der Analyse nicht nachweisen.

⁵ Veröffentlicht in der Basler Zeitung am 02.07.2016.

⁶ Veröffentlicht im *Corriere del Ticino* am 27.02.2016.

Zwei konfliktreiche Themen: Sprachenstreit und nationaler Finanzausgleich

Generell wurden im Untersuchungszeitraum zwei Themen im Zusammenhang mit Föderalismus oft und kontrovers debattiert. Einerseits wurde im sogenannten «Sprachenstreit» die Frage diskutiert, ob eine zweite Landessprache (in allen Kantonen) bereits in der Primarschule vermittelt werden muss. In der Debatte um den Fremdsprachenunterricht an Primarschulen pochten die Gegner einer einheitlichen Lösung auf die Bildungshoheit der Kantone. Dabei griffen sie in ihrer Argumentation oft auf den Begriff «Föderalismus» zurück. In der Regel nutzten sie ihn dann als Synonym für eine „gepriesene schweizerische Vielfalt“⁷ und unterstrichen so ihre Forderung nach unterschiedlichen kantonalen Lösungen. Die Befürworter einer einheitlichen Lösung hingegen stellten dem Föderalismus als Konzept der Vielfalt den «nationalen Zusammenhalt» gegenüber. Es gelte zu wählen zwischen Vielfalt (Föderalismus) und nationalem Zusammenhalt und letzterer sei in diesem Fall vorzuziehen⁸. Föderalismus wurde in diesem Sinn zu einem Begriff für eine zersplitterte Nation. Auch in diesem Fall gab die italienischsprachige Schweiz Anlass zu Diskussionen. Dies zeigte sich vor allem an der Berichterstattung über eine internationale Tagung zum Thema «Italienisch an der Grenze: die Schweiz und ihre sprachlichen Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung» an der Universität Basel. Trotz allem lag die Zahl der Beiträge über die italienische Sprache deutlich unter derjenigen der Debatte rund um die Bedeutung des Frühfranzösischen.

Das zweite kontrovers diskutierte Thema war die Ausgestaltung des Finanzausgleichs (NFA). Im Vergleich zum Schulstreit wird «Föderalismus» dabei anders konnotiert. Das «föderale Instrument» NFA (BAZ, 16.6.2015) wird hier oft im Zusammenhang mit «Solidarität» diskutiert. Föderalismus bedeutet in diesem Zusammenhang entweder, dass die Geberkantone sich solidarisch zeigen sollen, wobei der «Föderalismus (...) aber nur so viel wert [sei], wie jeder Einzelne verlässlich ist»⁹. Meint: die Drohungen bestimmter Geberkantone, die Zahlungen zu verweigern sind unsolidarisch und widersprechen dem Prinzip des Föderalismus. Aber auch die «Geberkantone pochen auf Solidarität»¹⁰ und werfen den Nehmerkantonen vor, den Föderalismus zu gefährden, indem sie die Solidarität der Geberkantone schamlos ausnützten.¹¹ Oder wie es Bundesrätin Simonetta Sommaruga formulierte: «Wer den Föderalismus so versteht, dass jede Stufe oder jeder Kanton stets nur profitieren will und um den eigenen Vorteil ringt, dann wird der Föderalismus hart und herzlos»¹²

Föderalismus als «Kampfbegriff» im politischen Diskurs

Der Begriff «Föderalismus» wurde in verschiedenen medial ausgetragenen politischen Debatten (darunter u.a. «Sprachenstreit» und Finanzausgleich) als «Kampfbegriff» eingesetzt. Verhältnismässig selten finden sich im Untersuchungszeitraum hingegen Artikel, die sich aus übergeordneter Perspektive mit dem Begriff auseinandersetzen. Eine Ausnahme bildet die «Neue Zürcher Zeitung». Diese widmete dem schweizerischen Föderalismus im Jahr 2014 eine Artikelreihe. Das Ziel dieser aus sechs Artikeln bestehenden Reihe war es auszuloten, «inwiefern die Arbeitsteilung zwischen Bund und Kantonen in ihrer heutigen Form ihrem ursprünglichen Anspruch noch gerecht wird und welche Wirkungen neuste Entwicklungen zeitigen werden» (<http://www.nzz.ch/schweiz/artikelreihe-foederalismus-1.18404330>).

⁷ Christoph Eymann im Tages-Anzeiger am 31.3.2016.

⁸ Vgl. z.B. St. Galler Tagblatt vom 22.3.2014.

⁹ Urs Schwaller in der BAZ vom 4.2.2015.

¹⁰ Neue Luzerner Zeitung vom 21.4.2016.

¹¹ Vgl. Anita Fetz in der BAZ vom 4.2.2015.

¹² Simonetta Sommaruga in der BAZ vom 28.11.2014.

6 Fazit und Handlungsempfehlungen

Die Analyse der Föderalismusdebatte in Schweizer Printmedien zeigt, dass der Föderalismus im Zusammenhang mit einem grossen Themenspektrum diskutiert wird. Zwar dominiert die Verwendung des Föderalismus in seiner generell staatstragenden Auslegung, bzw. im Zusammenhang mit staatsrechtlichen Fragen. Allerdings lassen sich in der Berichterstattung auch konkrete Themen wie Steuerwettbewerb, Bildungs- und Gesundheitspolitik und der Finanzausgleich erkennen, die sich deutlich auf föderalistische Aspekte beziehen. Im Vergleich zum vorhergehenden Bericht aus dem Zeitraum 2011-2013 verzeichnete die aktuelle Studie eine Zunahme der medialen Aufmerksamkeit in Bezug auf spezifische Politikfelder wie dem interkantonalen Steuerwettbewerb, der Bildungspolitik (Sprachenstreit) und dem Finanzausgleich (NFA). Die Dominanz der Politik im Diskurs rund um den Föderalismus wird auch dadurch untermauert, dass 74 Prozent der Akteure dem Handlungsfeld Politik entstammen, was einer Zunahme von rund 10 Prozent im Vergleich zur vorhergehenden Untersuchung entspricht. Nicht verändert hat sich hingegen der Umstand, dass die meisten Debatten mit einem Föderalismusbezug nicht kontrovers geführt werden, obwohl gerade die oben erwähnten Dauerthemen durchaus konfliktive Elemente enthalten. Dabei verlaufen die Konfliktlinien auch weiterhin zwischen bürgerlichen und nationalkonservativen Parteien und den Kantonen auf der einen, und föderalismuskritischen Parteien wie der SP und den Grünen sowie dem Bund auf der anderen Seite.

Die Darstellung des Föderalismus in der Berichterstattung ist dominiert durch positive und neutrale Referenzen. Im Vergleich mit dem Untersuchungszeitraum 2011-2013 hat sich eine leichte Verschiebung der Diskussion hin zu einer neutraleren und ausgeglicheneren Darstellung des Föderalismus ergeben. Dabei sind sowohl die positiven als auch die negativen Darstellungen zurückgegangen.

Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse können folgende Handlungsempfehlungen für die Öffentlichkeitsarbeit der KdK formuliert werden:

- 1) In Zeiten zunehmender Globalisierung und der gleichzeitigen Bedeutungszunahme von Regionen ist eine kontinuierliche Debatte über die Vorteile, aber auch über die Probleme des Föderalismus vonnöten. Die KdK kommt diesem Bedürfnis bereits teilweise nach, indem sie alle drei Jahre «Nationale Föderalismuskonferenzen» durchführt. Zusätzlich dazu wäre es hilfreich, ein Forum oder ein «Föderalismus-Netzwerk» zu gründen, das Personen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Kultur zusammenführt, um den Austausch sowie die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Akteuren zu aktuellen Themen zeitnah zu ermöglichen und zu fördern. Ein Forum ermöglicht es nicht nur, Forschungsergebnisse für die politische Praxis fruchtbar zu machen, sondern bietet gleichzeitig auch die Möglichkeit, neue und relevante Fragen für die Forschung aufzuwerfen. Dadurch fiele es der KdK leichter, aktiv politische und gesellschaftliche Impulse zu setzen, ohne selbst als Akteur in die politische Auseinandersetzung einzugreifen. Ein institutionalisiertes Forum würde regelmässige Tagungen und Debatten zum Thema Föderalismus durchführen, die Forschung dazu fördern und dadurch den gesellschaftlichen Austausch über ein derart zentrales Thema begünstigen. Denkbar wäre z.B. auch die Erstellung eines «Jahrbuchs Föderalismus», welches nicht nur den Monitoring-Bericht umfasst, sondern auch Beiträge von Experten aus Wissenschaft, Kultur und Medien beinhaltet.
- 2) Aus den Ergebnissen des Föderalismus-Netzwerks könnten Impulse für die öffentliche Diskussion, abgeleitet werden. Aus unserer Sicht wäre es wünschenswert, wenn in diesem Zusammenhang eine Versachlichung der Diskussion über den schweizerischen Föderalismus erreicht werden könnte. Dazu könnte beispielsweise eine von der KdK initiierte Diskussion über die generellen Stärken und Schwächen des Föderalismus beitragen.
- 3) Mittels des Föderalismus-Netzwerks könnte zudem fachliche Expertise für die einzelnen Politikfelder eingeholt werden und diese Argumente wiederum in die öffentliche Diskussi-

on eingebracht werden. Somit wäre die KdK in Hinblick auf aktuelle Ereignislagen gut aufgestellt für eine proaktive Informationspolitik (Pressemitteilungen, Pressekonferenzen, Gespräche mit Journalisten,...), womit sie sich als relevanter Akteur und als gemeinsames Sprachrohr der Kantone positionieren kann.

- 4) Zugleich könnte das Bereitstellen von fachlicher Expertise einen Mehrwert für die Kantone darstellen, um die eigene Position zu untermauern oder Spielraum für mögliche Kompromisse zu finden.
- 5) Generell könnten die vielen positiven Statements zum Föderalismus von der KdK als Testimonials in einer kontinuierlichen Kommunikation durch eigene Kommunikationsmittel genutzt werden.

7 Anhang

Um die Vergleichbarkeit mit den Daten aus den Jahren 2011-2013 zu gewährleisten, wurde das gleich Codierschema, welches von Dr. Franzika Oehmer erstellt wurde, verwendet. Der Anhang ist daher 1:1 aus dem ersten Bericht übernommen.

Analysekategorien

Merkmal	Codieranweisung/Merkmalsausprägungen
Forschungsfrage: Themen und Akteure der Föderalismusdebatte	
Themenbereich Föderalismus	<p>Mit welchem Thema wird konkret der Föderalismus in Zusammenhang gebracht? Dabei muss es sich nicht zwingend auch um das Thema des Artikels handeln.</p> <p>FÖDERALISMUS</p> <p>01 Föderalismus (allgemein)</p> <p>02 Föderalismusreform (allgemein)</p> <p>03 Föderalismuskonferenz</p> <p>04 Finanzausgleich</p> <p>05 Steuerwettbewerb</p> <p>06 Sprachenvielfalt</p> <p>INNENPOLITIK</p> <p>11 Staatssystem; Staatsrechtliche Fragen</p> <p>12 Ständerat</p> <p>13 Parlament</p> <p>14 Raumplanung</p> <p>15 Sozialpolitik</p> <p>16 Bildungspolitik</p> <p>17 Gesundheitspolitik</p> <p>18 Integrations- und Ausländerpolitik</p> <p>19 Sicherheitspolitik (Armee, Polizei)</p> <p>20 Verkehrspolitik</p> <p>21 Landwirtschaft</p> <p>22 Energiepolitik</p> <p>AUSSENPOLITIK</p> <p>31 Aussenpolitik</p> <p>32 EU</p> <p>33 Steuerabkommen</p>
Akteur Typus	<p>Welchem Akteurstypus können die Akteure in der Föderalismusdebatte zugerechnet werden?</p> <p>01 Regierung (Minister, Bürgermeister, Kanzler,...z.B. Konferenz der Kantone;)</p> <p>02 Verwaltung (national, regional, lokal)</p> <p>03 Partei</p> <p>04 andere Stiftung</p> <p>05 Verband</p> <p>06 Unternehmen</p> <p>07 Schule</p> <p>08 Kirchliche Einrichtung</p> <p>09 Wissenschaftliche Einrichtung (Universität, Institut,...)</p> <p>10 Medienorganisationen</p> <p>11 Individualakteur (ohne organisatorische Einbindung)</p> <p>99 Sonstiges</p> <p>999 nicht erkennbar</p>
Akteur Handlungsfeld	<p>Welchem Handlungsfeld können die Akteure in der Föderalismusdebatte zugeordnet werden?</p> <p>01 Politik</p> <p>02 Soziales</p> <p>03 Wirtschaft</p> <p>04 Sport</p> <p>05 Showbiz/Medien, Kultur</p> <p>06 Wissenschaft/Bildung</p> <p>99 Sonstiges</p> <p>999 nicht erkennbar</p>
Forschungsfrage: Kontroversen	

Kontroverse	Wird das Thema kontrovers berichtet? 01 ja 00 nein
Begründung	Begründung für die Kontroverse anführen
Akteure der Kontroverse	Welche Akteure sind in die Kontroverse involviert?
Forschungsfrage: Bewertung des Föderalismus	
Bewertung	01 Positiv diese Ausprägung wird codiert, falls der Föderalismus im Artikel überwiegend zustimmend oder sonstige positive Erwähnungen verzeichnet 02 Neutral die Aussagen im Artikel sind rein deskriptiver Natur, es findet keine Bewertung statt 03 Ambivalent positive als auch negative Aussagen halten sich die Waage 04 Negativ diese Ausprägung wird codiert, falls der Föderalismus im Artikel überwiegend kritische, ablehnende oder sonstige negative Erwähnungen verzeichnet
Begründung der Bewertung	Kurz notieren, weshalb der Artikel eine positive, negative oder ambivalente Haltung gegenüber dem Föderalismus einnimmt (Beispiele anführen) Wenn direkte oder indirekte Zitate angeführt werden, so bitte jeweils auch die Quelle (Name und Funktion) des Zitats notieren. Bsp. Gerd Müller, Journalist „Föderalismus in der Schweiz dient der EU als Vorbild“